

Insolvenzen Neugründungen Löschungen

■ Jahr 2008

Eine Untersuchung
der Creditreform
Wirtschaftsforschung


Creditreform

INHALT

SEITE

1	Insolvenzen	1
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2008	1
1.2	Private Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen	4
1.3	Unternehmensinsolvenzen im konjunkturellen Umfeld	6
1.4	Parameter insolventer Unternehmen	13
1.5	Exkurs: Creditreform Bonitätsatlas	17
1.6	Insolvenzen und die Schäden	20
1.7	Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen	22
1.8	Finanzierung und Insolvenzen	23
1.9	Große Firmeninsolvenzen	26
2	Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen	31
2.1	Gründungsbilanz	31
2.2	Wirtschaftsaktivität und Beschäftigung	35
2.3	Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen und Bundesländern	37
2.4	Exkurs: Auslandsaktivitäten von Neugründungen	41
3	Zusammenfassung	44

■ 1 Insolvenzen

1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahre 2008

Zum ersten Mal seit dem Jahr 2003 verzeichnen die Unternehmensinsolvenzen wieder eine steigende Tendenz: Während im Gesamtjahr 2007 noch 29.150 Unternehmensinsolvenzen gezählt worden waren, sind es aktuell 650 mehr – das entspricht einem Anstieg von 2,2 Prozent (29.800).

Die Verbraucherinsolvenzen nehmen dagegen ab – zum ersten Mal überhaupt seit Einführung der Insolvenzordnung im Jahre 1999. Wurden im vergangenen Jahr noch 105.300 Anträge auf Erteilung der Restschuldbefreiung bei den Insolvenzgerichten eingereicht, so sind es aktuell nur 98.500, was einem Rückgang von 6,5 Prozent entspricht.

Die Sonstigen Insolvenzen betreffen im Wesentlichen die Zusammenbrüche von ehemals selbstständig Tätigen, überschuldeten Nachlässen sowie natürlichen Personen als Gesellschafter. Hier zeichnete sich bereits in den vergangenen Jahren eine leicht rückläufige Tendenz ab, die sich aktuell fortsetzt: 28.400 Sonstige Insolvenzen wurden im Jahr 2008 beantragt. Das entspricht einem Rückgang von 6,3 Prozent im Jahresverlauf. 2007 gingen noch 30.300 Anträge bei Gericht ein.

Insgesamt beläuft sich das Insolvenzaufkommen für das Jahr 2008 auf 156.700 Fälle und liegt damit um 4,9 Prozent niedriger als 2007. Damals waren 164.750 Fälle zu beklagen gewesen. Im Jahr zuvor wurde noch ein Anstieg um 2,1 Prozent verzeichnet (2006: 161.320 Insolvenzen).

Trendwende eingeläutet

Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland

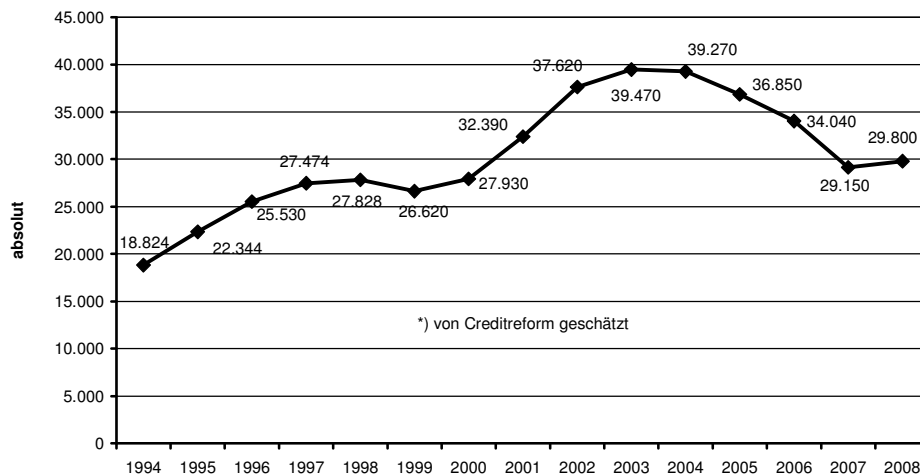
■	Gesamt- insolvenzen		Unternehmens- insolvenzen		Verbraucher- insolvenzen **)		Sonstige Insolvenzen **)	
1999	33.870	- 0,3%	26.620	- 4,3%	2.450	-	4.800	-
2000	41.780	+ 23,4%	27.930	+ 4,9%	10.360	+ 322,9%	3.490	- 27,3%
2001	49.510	+ 18,5%	32.390	+ 16,0%	13.490	+ 30,2%	3.630	+ 4,0%
2002	84.330	+ 70,3%	37.620	+ 16,1%	21.520	+ 59,2%	25.190	+ 593,9%
2003	100.350	+ 19,0%	39.470	+ 4,9%	33.510	+ 55,7%	27.370	+ 8,7%
2004	118.260	+ 17,8%	39.270	- 0,5%	49.100	+ 46,5%	29.890	+ 9,2%
2005	136.570	+ 15,5%	36.850	- 6,2%	68.900	+ 40,3%	30.820	+ 3,1%
2006	161.320	+ 18,1%	34.040	- 7,6%	96.500	+ 40,1%	30.780	- 0,1%
2007	164.750	+ 2,1%	29.150	- 14,4%	105.300	+ 9,1%	30.300	- 1,6%
2008 *)	156.700	- 4,9%	29.800	+ 2,2%	98.500	- 6,5%	28.400	- 6,3%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Die Langzeitgrafik stellt die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen seit dem Jahr 1994 dar. Bis zum Jahr 2003 stiegen die Insolvenzen – mit einer Zäsur im Jahr 1999 – konstant an und erreichten mit knapp 40.000 betroffenen Betrieben ihren Höhepunkt. Von da an ging es bis letztes Jahr wieder bergab. Das aktuelle Niveau von knapp 30.000 Unternehmensinsolvenzen liegt etwas unter dem Aufkommen aus dem Jahr 2001 (32.400 Insolvenzen), unmittelbar nach Platzen der Economy-Blase – bleibt zu hoffen, dass sich die Entwicklung von damals nicht noch einmal wiederholt.

Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Deutschland von 1994 bis 2008 *)



Um 2,4 Prozent stiegen die Unternehmensinsolvenzen in den alten Bundesländern im Verlauf des Jahres auf 23.800 betroffene Betriebe (Vorjahr: 23.250). Die Privatinsolvenzen (also die Verbraucher- plus die Sonstigen Insolvenzen) reduzierten sich im Laufe des Jahres um 4,0 Prozent auf 97.750 Fälle.

Tab. 2: Insolvenzverfahren in Westdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		Sonstige Insolvenzen **)	
1999	25.110	- 0,2%	19.050	- 4,2%	2.030	-	4.030	-
2000	29.590	+ 17,8%	18.120	- 4,9%	8.990	+ 342,9%	2.480	- 38,5%
2001	36.010	+ 21,7%	21.750	+ 20,0%	11.150	+ 24,0%	3.110	+ 25,4%
2002	62.940	+ 74,8%	26.550	+ 22,1%	18.240	+ 63,6%	18.150	+ 483,6%
2003	76.520	+ 21,6%	29.650	+ 11,7%	27.740	+ 52,1%	19.130	+ 5,4%
2004	90.680	+ 18,5%	30.080	+ 1,5%	41.820	+ 50,8%	18.780	- 1,8%
2005	103.640	+ 14,3%	28.020	- 6,8%	53.810	+ 28,7%	21.810	+ 16,1%
2006	122.480	+ 18,2%	26.890	- 4,0%	72.290	+ 34,3%	23.300	+ 6,8%
2007	125.100	+ 2,1%	23.250	- 13,5%	80.010	+ 10,7%	21.840	- 6,3%
2008 *)	121.550	- 2,8%	23.800	+ 2,4%	77.150	- 3,6%	20.600	- 5,7%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

In Ostdeutschland nehmen die Unternehmensinsolvenzen nur sehr leicht um 1,7 Prozent auf 6.000 betroffene Betriebe zu. Im Jahr 2007 waren noch 5.900 Insolvenzen gezählt worden, was einem deutlichen Rückgang um 17,5 Prozent entsprach. Die Privatpersoneninsolvenzen nahmen dagegen ungleich stärker ab, als in den alten Bundesländern. Wurden im vergangenen Jahr noch 33.750 Fälle von Insolvenzen natürlicher Personen gezählt, so sind es aktuell nur noch 29.150.

***Unternehmensinsolvenzen:
Zunahme im Osten geringer***

Tab. 3: Insolvenzverfahren in Ostdeutschland

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen **)		Sonstige Insolvenzen **)	
1999	8.760	- 0,6%	7.570	- 4,7%	420	-	770	-
2000	12.190	+ 39,2%	9.810	+ 29,6%	1.370	+ 226,2%	1.010	+ 31,2%
2001	13.500	+ 10,7%	10.640	+ 8,5%	2.340	+ 70,8%	520	- 48,5%
2002	21.390	+ 58,4%	11.070	+ 4,0%	3.280	+ 40,2%	7.040	+ 1253,8%
2003	23.830	+ 11,4%	9.820	- 11,3%	5.770	+ 75,9%	8.240	+ 17,0%
2004	27.580	+ 15,7%	9.190	- 6,4%	7.280	+ 26,2%	11.110	+ 34,8%
2005	32.930	+ 19,4%	8.830	- 3,9%	15.090	+ 107,3%	9.010	- 18,9%
2006	38.840	+ 17,9%	7.150	- 19,0%	24.210	+ 60,4%	7.480	- 17,0%
2007	39.650	+ 2,1%	5.900	- 17,5%	25.290	+ 4,5%	8.460	+ 13,1%
2008 *)	35.150	- 11,3%	6.000	+ 1,7%	21.350	- 15,6%	7.800	- 7,8%

*) von Creditreform geschätzt

***) Privatinsolvenzen werden erst seit Einführung der neuen Insolvenzordnung (1999) ausgewiesen

Insgesamt verzeichnet der Westen Deutschlands einen Rückgang der Insolvenzen um 2,8 Prozent auf 121.550 Fälle von Privat- und Unternehmensinsolvenzen, während der Osten auf 35.150 Gesamtinsolvenzen kommt, was einem Rückgang von 11,3 Prozent entspricht.

1.2 Private Überschuldung und Verbraucherinsolvenzen

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen geht erstmals seit Einführung der Insolvenzordnung zurück: Um 6,5 Prozent auf 98.500 Betroffene fiel das Aufkommen im Jahresverlauf. Dies erscheint zumindest verwunderlich, erleben die Themen Überschuldung und Insolvenz doch gerade eine nie dagewesene Popularität durch die Medien. Vorbei scheint es mit dem „Stigma“ des Scheiterns zu sein – die Verbraucherinsolvenz, an deren Ende der komplette Schuldenerlass steht, ist berühmt wie nie zuvor.

Allerdings: So einfach wie es bei „Raus aus den Schulden“ und ähnlichen TV-Formaten dargestellt wird, ist es für die große Masse der Überschuldeten nicht, sich ihrer Verbindlichkeiten zu entledigen. Immerhin beträgt die Wohlverhaltensperiode sechs Jahre, während der keine neuen Schulden gemacht

Verbraucherinsolvenzen gehen zurück

werden dürfen und der Betroffene sich „redlich“ zu verhalten hat. Hinzu kommt, dass der Staat für die in 80 Prozent der Fälle vorgestreckten Verfahrenskosten eine vierjährige so genannte Nachstundungsphase einräumt. Damit kann er auch nach Erteilung der Restschuldbefreiung die ihm entstandenen Kosten noch einfordern, wenn der Schuldner wieder zu Geld kommt. Faktisch erhält ein deutscher Schuldner also erst nach zehn Jahren die komplette Restschuldbefreiung.

Die Abnahme der Fallzahlen der Verbraucherinsolvenz rührt weniger von einer Verbesserung der Situation her, als vielmehr von der zunehmenden Kürzung der Beratungsangebote. Außerdem stehen hinter den diesjährigen 98.500 Insolvenzschuldnern weitere knapp 6,9 Millionen Betroffene, die als überschuldet gelten und damit potenzielle Kandidaten für einen Antrag auf Restschuldbefreiung sind.

Kürzung des Beratungsangebots

Inzwischen lehnen die Gerichte immer häufiger die Übernahme der Kosten für eine rechtsanwaltliche Beratung im Rahmen der Verbraucherüberschuldung ab, da ja auch kostenfreie Schuldnerberatungsangebote existieren. Dem ist auch so, allerdings reicht das Angebot bei Weitem nicht aus. So führt die Versagung der Kostenübernahme zu einem Stau bei den Schuldnerberatungsstellen. Die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ kommentiert: „Es ist ein Minus, das nicht zwingend daher rührt, dass weniger Menschen verschuldet sind, sondern eher daher, dass der Staat an diesen Menschen spart: Die anerkannten Beratungsstellen in Deutschland sind heillos überlaufen.“

Tab. 4: Schuldnerquoten in Deutschland 2004 bis 2008

■	Einwohner	> 18 Jahre	Schuldner	Schuldnerquote
2004	82,50 Mio.	67,13 Mio.	6,54 Mio.	9,74%
2005	82,44 Mio.	67,30 Mio.	7,02 Mio.	10,43%
2006	82,31 Mio.	67,29 Mio.	7,19 Mio.	10,68%
2007	82,22 Mio.	67,63 Mio.	7,34 Mio.	10,85%
2008 *)	82,29 Mio.	67,97 Mio.	6,87 Mio.	10,11%

*) Quelle für Einwohner-Daten ab 2008: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Privathaushalte bis 2025, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung 2007, Wiesbaden.

Allerdings: Die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland hat im Vergleich zum Vorjahr spürbar abgenommen. Für die gesamte Bundesrepublik wurde zum Stichtag 1. Oktober 2008 eine Schuldnerquote von 10,11 Prozent gemessen, wie Creditreform Anfang November im SchuldnerAtlas 2008 präsentierte. Damit sind rund 6,9 Millionen Bürger über 18 Jahre überschuldet und weisen zumindest nachhaltige Zahlungsstörungen auf. Im Vergleich zu 2007 hat sich die Zahl der Schuldner um rund 470.000 Personen verringert (minus 6,4 Prozent).

Der nominelle Rückgang der Schuldnerquote ist weitestgehend auf diejenigen Personengruppen zurückzuführen, die durch die Wiederaufnahme von Beschäftigungsverhältnissen im Rahmen des Konjunkturaufschwungs seit 2006 in die Lage versetzt wurden, ihren Schuldendiensten nachzukommen bzw. diese abzubauen.

Trotz Bestehen solch innovativer Präventionsprogramme steht für die nächsten zwei Jahre zu befürchten, dass eine neue Überschuldungswelle durch Deutschland rollen wird. Diese wird wiederum tendenziell auf dem Wiederanstieg der Arbeits- und Beschäftigungslosenzahlen basieren, da Deutschland, die Europäische Union und insbesondere auch die amerikanische Wirtschaft in eine Phase von Rezession oder zumindest Nullwachstum eintreten werden.

1.3 Unternehmensinsolvenzen im konjunkturellen Umfeld

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im November – auch im Zeichen der Finanzkrise – den sechsten Monat in Folge eingetrübt. Der Ifo-Geschäftsklimaindex sank von 90,2 auf 85,8 Punkte, das ist der schlechteste Wert seit Februar 1993. Die 7.000 befragten Unternehmen schätzten sowohl die Lage als auch die Aussichten schlechter ein als im Vormonat.

Welche Branchen aber werden von den Auswirkungen der Konjunktur- und Finanzmarktkrise getroffen, und welche behaupten sich gegen den widrigen Trend?

Tabelle 5 zeigt zunächst das Insolvenzaufkommen der vier großen Hauptwirtschaftsbereiche. Im Folgenden werden dann die Top- und Flop-Branchen dargestellt, die mit den höchsten Anstiegen bei den Insolvenzen zu kämpfen haben, bzw. noch Rückgänge verzeichnen können. Abschließend zeigt Tabelle 9 die Branchen in den Hauptwirtschaftsbereichen, die die höchste Risikoanfälligkeit besitzen.

Tab. 5: Insolvenzen nach Wirtschaftsbereichen 2008 *)

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenz- aufkommen	%-Veränder. gegenüber dem Vorjahr
Verarb. Gew.			
West	2.030 (2.460)	8,5 (11,3)	- 17,5
Ost	490 (550)	8,2 (10,1)	- 10,9
Deutschland	2.520 (3.010)	8,5 (11,0)	- 16,3
Bau			
West	3.990 (3.830)	16,8 (17,1)	+ 4,2
Ost	1.450 (1.500)	24,2 (26,4)	- 3,3
Deutschland	5.440 (5.330)	18,3 (19,3)	+ 2,1
Handel			
West	5.150 (4.920)	21,6 (21,2)	+ 4,7
Ost	1.190 (1.170)	19,8 (19,9)	+ 1,7
Deutschland	6.340 (6.090)	21,3 (20,9)	+ 4,1
Dienstleist.			
West	12.630 (12.040)	53,1 (50,4)	+ 4,9
Ost	2.870 (2.680)	47,8 (43,6)	+ 7,1
Deutschland	15.500 (14.720)	52,0 (48,8)	+ 5,3
Gesamt			
West	23.800 (23.250)	100,0 (100,0)	+ 2,4
Ost	6.000 (5.900)	100,0 (100,0)	+ 1,7
Deutschland	29.800 (29.150)	100,1 (100,0)	+ 2,2

*) von Creditreform geschätzt, () = Vorjahresangaben

Das **Verarbeitende Gewerbe** trotz (noch) der Krise. In diesem Wirtschaftsbereich sind nach wie vor Rückgänge bei den Insolvenzen zu verzeichnen. Um deutliche 16,3 Prozent gingen die Insolvenzen hier auf 2.520 betroffene Unternehmen zurück. Im Jahr 2007 waren noch 3.010 Unternehmensheimgänge gezählt worden. Und das, obwohl nach neuesten Untersuchungen die Auftragseingänge aus dem Ausland von Deutschlands Handelspartnerländern im September

**Verarbeitendes Gewerbe
trotzt dem Trend**

bereits das neunte Mal in Folge zurückgingen. Der Einbruch war so stark wie noch nie in der gesamtdeutschen Geschichte: Die Bestellungen sanken insgesamt um acht Prozent im Vergleich zum Vormonat. Die Order aus dem Ausland gingen sogar um mehr als elf Prozent zurück. Dennoch sehen Experten keinen Grund zur Panikmache. Der Auftragsrückgang dürfe „nicht überbewertet werden“, so der Konjunktur-experte des Verbandes Deutscher Maschinen und Anlagebauer, Olaf Wortmann. Und tatsächlich: Der Maschinenbau überrascht mit einem Auftragsplus (im September um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr) und auch bei den Insolvenzen verzeichnet die Branche ein deutliches Minus um 32,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (siehe Tabelle 7). Die nach der Autoindustrie zweitgrößte Industriebranche rechnet für 2008 mit einem Produktionsplus von 5 Prozent auf rund 191 Milliarden Euro.

Die **Baubranche** liegt im Durchschnitt, was die Entwicklung der Insolvenzen angeht: Um 2,1 Prozent auf 5.440 betroffene Unternehmen nahm die Zahl der Insolvenzen im Bau zu. Dabei verzeichnet der Westen eine Zunahme um 4,2 Prozent, während im Osten ein Rückgang um 3,3 Prozent festzustellen ist. Das Baugewerbe ist nach wie vor die Branche mit den meisten Insolvenzen pro existenten Unternehmen. Auf 10.000 Baubetriebe kommen im Jahr 2008 163 Insolvenzen. Im Durchschnitt aller Branchen liegt die relative Insolvenzbetroffenheit bei 96 Unternehmen je 10.000 aktiven Betrieben. Insbesondere das Abbruch-, Spreng- und Entrümmerungsgewerbe hat traditionell eine hohe Risikoquote (639), aber auch die Bereiche „Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit“ (Risikoquote: 608) und der Gerüstbau (543) sind Hochrisikobranchen. Eine Ausnahme scheint da der Bereich „Bau von Gebäuden“ zu bilden, der immerhin einen Rückgang bei den Insolvenzen um 25,4 Prozent verzeichnet (siehe Tabelle 7). Der Hochbau allgemein scheint sich gerade von der übrigen konjunkturellen Entwicklung abzukoppeln: So meldete das Statistische Bundesamt Ende November, dass im Bauhauptgewerbe im September 2008 in Deutschland in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten preisbereinigt um 2,2 Prozent höhere

Hochbau mit Belebungs-tendenzen

Auftragsvolumen gingen als im Vorjahresmonat. Dabei nahm die Baunachfrage im Hochbau um 14,1 Prozent zu, im Tiefbau dagegen um 8,6 Prozent ab. Von Januar bis September 2008 betrug der Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe rund 61 Milliarden Euro und lag damit um 5,6 Prozent über dem Niveau der ersten neun Monate 2007.

Tab. 6: Risikoquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland 2008

■	Insolvenzen je 10.000 Unternehmen
Verarbeitendes Gewerbe	66
Baugewerbe	163
Handel	90
Dienstleistungen	92
Gesamt	96
hierunter:	
Westdeutschland	93
Ostdeutschland	109

() = Vorjahresangaben

*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik 2006

Der **Handel** verzeichnet einen überdurchschnittlichen Anstieg bei den Insolvenzen um 4,1 Prozent auf insgesamt 6.340 betroffene Betriebe (Vorjahr: 6.090). Während der Einzelhandel einen Anstieg um 6,5 Prozent zu verkräften hat, sind es im Großhandel nur 1,0 Prozent. Trotzdem sind die Handelsunternehmen insgesamt leicht unterdurchschnittlich von Insolvenzen betroffen, wie Tabelle 6 zeigt: Von 10.000 am Markt existierenden Handelsunternehmen gingen 2008 90 in die Insolvenz – über den gesamten Unternehmensbestand in Deutschland betrachtet sind es 96. Der Blick in die einzelnen Handelsbranchen offenbart jedoch große Unterschiede in Bezug auf die Insolvenzbetreffenheit. So gehören etwa die Kioske (offizielle Bezeichnung: sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren) mit einer Risikoquote von 472 zu den am meisten ausfallgefährdeten Handelsbranchen, gefolgt von dem sonstigen Einzelhandel an Verkaufsständen und Märkten (Insolvenzquote 466) und den

Autowaschanlagen (385 Insolvenzen pro 10.000 Unternehmen).

Der **Kfz-Handel** muss einen Anstieg der Insolvenzen von 12 Prozent verkraften – 1.100 Betriebe mussten im Laufe des Jahres 2008 die Segel streichen. Experten machen für die Misere nicht allein die Finanzkrise verantwortlich, schuld seien mehrere Gründe – allen voran Überkapazitäten bei den Herstellern. Die meisten namhaften Unternehmen produzieren mehr als der Markt verkraften könne. So stapeln sich auf den Höfen der Händler junge Gebrauchte mit niedrigen Kilometerlaufleistungen, etwa Rückläufer aus dem Leasing- oder Flottengeschäft – und in den Verkaufsräumen bleiben die Neuwagen stehen. Außerdem kommen vielen Autohändlern heute ihre neu errichteten Glaspaläste und aufwändigen Showrooms teuer zu stehen, für die sich nicht wenige Unternehmer stark verschuldet haben. Hinzu kommt, dass die Eigenkapitaldecke beim Gros der Betriebe im Schnitt zwischen 10 und 15 Prozent liegt – und damit deutlich zu niedrig ist.

Überkapazitäten im Kfz-Handel

Tab. 7: Branchen *) mit den höchsten Insolvenzurückgängen im Jahresverlauf 2008

■	Insolvenzurückgänge in Prozent
Herstellung von Möbeln	- 40,5
Maschinenbau	- 32,2
Elektroinstallation	- 28,9
Bau von Gebäuden	- 25,4
Stahl- und Leichtmetallbau	- 18,0

*) mindestens 1.000 betroffene Arbeitnehmer in der Branche
Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

Tab. 8: Branchen *) mit den höchsten Insolvenzzuwächsen im Jahresverlauf 2008

■	Insolvenzzuwächse in Prozent
sonstiger Fahrzeugbau	+ 75,3
Call Center	+ 51,2
Vermittlung von Arbeitskräften	+ 40,1
Garten- und Landschaftsbau	+ 37,1
Post-, Kurier- und Expressdienste	+ 36,0

*) mindestens 1.000 betroffene Arbeitnehmer in der Branche
Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

Mehr als die Hälfte aller Insolvenzen kommt aus der **Dienstleistungsbranche**. In diesem Jahr stellt der Wirtschaftsbereich mit 15.500 Fällen (Vorjahr: 14.720 Fälle) 52 Prozent aller Heimgänge, was einem Plus von 5,3 Prozent im Jahresverlauf entspricht. Und dennoch: Insgesamt gesehen ist die Dienstleistungsbranche nur unterdurchschnittlich von Insolvenzen betroffen: 92 von 10.000 Unternehmen dieses Hauptwirtschaftsbereiches mussten im Jahr 2008 Insolvenz anmelden. Die Branche mit den meisten Ausfällen im Jahr 2008 und gleichzeitig mit dem größten Anstieg der Insolvenzen ist der Bereich „private Post- und Kurierdienste“, deren bekanntestes Opfer die PIN Group ist. Um 36,0 Prozent stiegen die Insolvenzen hier an. Die Insolvenzquote liegt bei 699. Deutliche Zuwächse verzeichnen aber auch die Bereiche Call Center (plus 51,2 Prozent) und Vermittlung von Arbeitskräften (plus 40,1 Prozent).

Tab. 9: Risikobehaftete Branchen in Deutschland

■	Insolvenz- quote
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u>	
Forstwirtschaft	342
Textilveredelung	305
Herstellung von Polstermöbeln	279
<u>Bau</u>	
Abbruch-, Spreng- und Enttrümmerungsgewerbe, Erbewegungsarbeiten	639
Abdichtung gegen Wasser und Feuchtigkeit	608
Gerüstbau	543
<u>Handel</u>	
sonstiger Einzelhandel mit Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	472
sonstiger Einzelhandel an Verkaufsständen und Märkten	466
Autowaschanlagen	385
<u>Dienstleistung</u>	
private Post- und Kurierdienste	699
sonstige getränkegeprägte Gastronomie	616
Detekteien	615

Insolvenzquote = Insolvenzen je 10.000 Unternehmen einer Branche

***Es mehren sich die
Krisenbranchen***

Schenkt man den jüngsten Schlagzeilen Glauben, so ist mittlerweile fast jede Branche eine Hochrisikobranche. Angefangen von der Transportlogistik über den Einzelhandel, die Autohändler, die Papierindustrie, natürlich den Bau, die Textilindustrie, die Landwirtschaft bis hin zum Bereich Lebensmittel stehen ganze Wirtschaftssparten vor einer gewaltigen Insolvenzwelle. Und tatsächlich: Schaut man etwa auf die Tabelle mit den höchsten Zuwächsen im Insolvenzgeschehen, taucht gleich zweimal der Bereich Landwirtschaft auf: Die Forstwirtschaft ist die Branche mit dem größten Insolvenzrisiko im Primärgewerbe, und der Garten- und Landschaftsbau verzeichnet eine Zunahme der Insolvenzen von 37 Prozent im Jahresverlauf. In den im Kapitel 1.9 aufgeführten größten Insolvenzen des laufenden Jahres finden sich etliche Textilunternehmen und zwei große Transportfirmen.

Bei näherem Hinsehen zeigt sich allerdings auch, dass beide Transportfirmen nicht bloß aufgrund der zum damaligen Zeitpunkt stark gestiegenen Dieselpreise in die Insolvenz rutschten, und dass die beiden Karstadt-Quelle Töchter aus der Textilbranche schon länger in Schieflage sind. Will sagen: Natürlich ist der Trend der rückläufigen Insolvenzen vorerst gestoppt, und die Boomphase des Jahres 2007 endgültig vorbei. Die Panikmache, die wir derzeit erleben, wird durch die realen Zahlen allerdings nicht gestützt.

1.4 Parameter insolventer Unternehmen

Der Anteil an Mikrobetrieben am Insolvenzgeschehen steigt seit Jahren an. Mehr als jeder vierte Insolvenzantrag (25,8 Prozent; Vorjahr: 25,5 Prozent) betrifft mittlerweile eine Unternehmung, die weniger als 100.000 Euro im Jahr umgesetzt hat. Betriebe, die fünf Millionen Euro und mehr Umsatz pro Jahr erwirtschaften, machen demgegenüber nur einen geringen Teil des Insolvenzgeschehens aus: In diesem Jahr sind es 4,1 Prozent; im Jahr 2007 waren es 4,2 Prozent. In der obersten Umsatzgrößenklasse ist eine Stagnation der Fälle zu beobachten: Sowohl in diesem als auch im vergangenen Jahr mussten 60 Betriebe mit mehr als 50 Millionen Euro Jahresumsatz Insolvenz anmelden.

**Tab. 10: Insolvenzen nach Umsatzgrößenklassen 2008 *)
für Gesamtdeutschland in Mio. Euro**

■	absolut	%-Anteil
bis 0,1	7.680 (7.430)	25,8 (25,5)
> 0,1 – 0,25	7.060 (7.110)	23,7 (24,4)
> 0,25 – 0,5	5.210 (5.130)	17,5 (17,6)
> 0,5 – 5,0	8.630 (8.250)	29,0 (28,3)
> 5,0 – 25,0	1.040 (1.080)	3,5 (3,7)
> 25,0 – 50,0	120 (90)	0,4 (0,3)
> 50,0	60 (60)	0,2 (0,2)
Gesamt	29.800 (29.150)	100,1 (100,0)

*) Creditreform Schätzung, () = Vorjahresangaben

Kleinere Unternehmen sind insolvenzgefährdeter

Insolvenzgefährdet sind Betriebe insbesondere in den ersten vier Jahren ihres Bestehens. Dieser Anteil erhöhte sich im Jahresverlauf noch einmal leicht um 0,2 Prozentpunkte auf 33,1 Prozent. Leicht zugenommen hat aber auch der Anteil der insolventen „Traditionsunternehmen“, die bereits seit mehr als zehn Jahren am Markt sind, und zwar von 35,4 (2007) auf aktuell 35,5 Prozent.

Tab. 11: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2008

■	West	Ost	Deutschland
0 bis 2 Jahre	16,0 (16,0)	14,2 (13,8)	15,6 (15,5)
3 bis 4 Jahre	17,7 (17,7)	16,7 (16,7)	17,5 (17,4)
5 bis 6 Jahre	12,6 (12,9)	13,1 (13,1)	12,7 (12,9)
7 bis 8 Jahre	9,9 (9,8)	10,7 (11,1)	10,1 (10,1)
9 bis 10 Jahre	8,5 (8,3)	9,2 (9,7)	8,7 (8,7)
über 10 Jahre	35,4 (35,4)	36,1 (35,7)	35,5 (35,4)

Angaben in Prozent, () = Vorjahresangaben

Tab. 12: Beschäftigtenzahl insolventer Unternehmen 2008

■	West	Ost	Deutschland
1 – 5 Personen	80,7 (80,7)	80,2 (79,6)	80,6 (80,4)
6 – 10 Personen	9,0 (9,2)	9,2 (10,1)	9,1 (9,4)
11 – 20 Personen	5,3 (5,4)	5,6 (5,9)	5,3 (5,5)
21 – 50 Personen	3,3 (3,2)	3,8 (3,3)	3,5 (3,2)
51 – 100 Personen	1,0 (0,9)	0,7 (0,8)	1,0 (0,9)
> 100 Personen	0,7 (0,7)	0,4 (0,4)	0,6 (0,6)

Angaben in Prozent, () = Vorjahresangaben

Parallel zum leicht gestiegenen Anteil der umsatzschwachen Unternehmensinsolvenzen stieg auch die Zahl der betroffenen Betriebe, die weniger als sechs Personen beschäftigen, und zwar von 80,4 auf 80,6 Prozent im Jahresverlauf. Bei der größten Beschäftigtenklasse mit mehr als 100 Personen ist hingegen ebenfalls eine Stagnation festzustellen. 0,6 Prozent der insolventen Unternehmen beschäftigten mehr als 100 Mitarbeiter (Vorjahr: ebenfalls 0,6 Prozent.).

Tab. 13: Insolvenzen nach Rechtsformen 2008

■	West	Ost	Deutschland
freie Berufe	3,8 (3,9)	3,8 (3,9)	3,8 (3,9)
Kleingewerbe-treibende	51,5 (52,5)	55,3 (57,4)	52,4 (53,7)
BGB-Gesellschaft	1,0 (1,1)	1,3 (1,0)	1,1 (1,1)
Einzelfirma	4,0 (4,2)	2,2 (2,4)	3,6 (3,7)
OHG	0,3 (0,3)	0,2 (0,2)	0,3 (0,2)
KG	0,6 (0,5)	0,4 (0,5)	0,6 (0,5)
GmbH & Co. KG	4,0 (3,7)	3,8 (3,0)	3,9 (3,6)
GmbH	33,7 (32,7)	31,6 (30,0)	33,2 (32,0)
AG	0,5 (0,6)	0,3 (0,6)	0,5 (0,6)
eG	0,1 (0,0)	0,2 (0,1)	0,1 (0,1)
eV	0,6 (0,6)	0,9 (1,0)	0,6 (0,7)

Quelle: Creditreform Datenbank; Angaben in Prozent

Während die Bedeutung der Kleingewerbetreibenden am Insolvenzgeschehen im Laufe des Jahres leicht abnahm (von 53,7 auf 52,4 Prozent), erhöhte sich der Anteil der GmbH (33,2 im Vergleich zu 32,0 Prozent im Jahr 2007), nachdem er in den Jahren zuvor abgenommen hatte.

Die GmbH ist die beliebteste Kapitalgesellschaft im Mittelstand, bietet sie doch die Möglichkeit, mit wenig Aufwand die persönliche Haftung der Gesellschafter auszuschließen. Das GmbH-Recht wurde zum 1. November umfassend neu geregelt. Kern des „MoMiG“ ist die Erleichterung und Beschleunigung von GmbH-Gründungen nach internationalem Vorbild. Das neue GmbH-Recht kennt zwei Varianten der GmbH: Neben die bewährte GmbH mit einem Mindeststammkapital von 25.000 Euro tritt die haftungsbeschränkte Unternehmergesellschaft. Sie bietet eine Einstiegsvariante der GmbH und ist für Existenzgründer interessant, die zu Beginn ihrer Tätigkeit wenig Stammkapital haben und benötigen – wie zum Beispiel im Dienstleistungsbereich. Bei der haftungsbeschränkten Unternehmergesellschaft handelt es sich nicht um eine neue Rechtsform, sondern um eine GmbH, die ohne bestimmtes Mindeststammkapital gegründet werden kann. Diese GmbH darf ihre Gewinne aber nicht voll ausschütten. Sie soll auf diese Weise das Mindest-

MoMiG schafft Erleichterung

stammkapital der normalen GmbH nach und nach ansparen.

Tab. 14: Unternehmensinsolvenzen in Deutschland

■	Insolvenzverfahren	mangels Masse abgelehnt	
		absolut	in Prozent
1999	26.620	18.803	70,6
2000	27.930	16.502	59,1
2001	32.390	17.763	54,8
2002	37.620	16.310	43,4
2003	39.470	16.530	41,9
2004	39.270	15.660	39,9
2005	36.850	13.590	36,9
2006	34.040	11.300	33,2
2007	29.150	8.690	29,8
2008 *)	29.800	8.100	27,2

*) von Creditreform geschätzt

Masselose Verfahren gehen zurück

Erklärtes Ziel und eine Begründung für die Insolvenzrechtsreform war es, den hohen Anteil der masselosen Insolvenzen zu verringern. Noch vor 50 Jahren waren nur 25 Prozent aller Konkursanträge abgewiesen worden, weil die Gläubiger nicht in der Lage waren, die Verfahrenskosten aufzubringen, 75 Prozent konnten eröffnet werden. In den 90er Jahren, gegen Ende der alten Konkursordnung, waren die Verhältnisse umgekehrt, das heißt, drei Viertel aller Anträge wurden mangels Masse abgewiesen und nur ein Viertel eröffnet.

Seit der Einführung des neuen Insolvenzrechts haben sich die Verhältnisse deutlich verbessert. Durch die Einführung der Stundung, die es natürlichen Personen, also auch Einzelunternehmen und freiberuflich Tätigen ermöglicht, sich die Verfahrenskosten durch die Staatskasse vorstrecken zu lassen, sind die statistischen Daten nur noch bedingt vergleichbar. Seit 1999 hat sich die Eröffnungsquote für Unternehmen von 30 Prozent auf über 70 Prozent verbessert. Bei den Verbraucherinsolvenzen gibt es aufgrund der Stundungsmöglichkeit praktisch keine Abweisungen mangels Masse mehr.

1.5 Exkurs: Creditreform Bonitätsatlas

Der Bonitätsatlas bildet die regionale Insolvenzanfälligkeit der Unternehmen in Deutschland ab und kann als ein Indikator für die Risikostruktur von Unternehmen und Branchen nach Bundesländern, Kreisen, Gemeinden und Postleitzahlgebieten verstanden werden. Der Bonitätsatlas setzt sich aus Unternehmen sämtlicher Alters-, Größen- und Rechtsformklassen über alle Branchen zusammen. Sämtliche Unternehmen in den Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland werden – dem Schulnotenprinzip folgend – in sechs Risikoklassen unterteilt, die auf dem Creditreform-Risiko-Indikator (CRI) basieren, der die Ausfallwahrscheinlichkeit der Unternehmen in einer Region misst. Dabei gelten für Unternehmen folgende Negativmerkmale:

- unternehmerisches Insolvenzverfahren
- Insolvenzverfahren von unternehmerisch tätigen Personen
- sonstige Insolvenzverfahren (etwa Nachlässe)
- Eidesstattliche Versicherungen und Haftanordnungen unternehmerisch tätiger Personen

Berechnet wird er, indem man die Zahl der Unternehmen in der Region durch die Zahl der Unternehmen mit Negativmerkmalen teilt. Der durchschnittliche Risikoindikator für alle Unternehmen in ganz Deutschland liegt im Jahr 2008 (Berechnung erfolgte zum Stichtag 30.06.2008 und wurde für das Gesamtjahr hochgerechnet) bei 2,18 Prozent – im Gesamtjahr 2007 lag er noch bei 2,11 Prozent.

Tab. 15: Bonitätsatlas auf Bundeslandebene

■	2008	2007
Bayern	1,63	1,52
Baden-Württemberg	1,74	1,75
Saarland	1,93	1,94
Thüringen	2,06	1,91
Hamburg	2,11	1,81
Hessen	2,18	2,15
Berlin	2,19	2,52
Sachsen	2,25	2,24
Schleswig-Holstein	2,25	2,12
Brandenburg	2,42	2,54
Rheinland-Pfalz	2,42	2,17
Nordrhein-Westfalen	2,49	2,38
Bremen	2,51	2,35
Niedersachsen	2,59	2,56
Mecklenburg-Vorp.	2,75	2,41
Sachsen-Anhalt	2,93	2,76
Durchschnitt	2,18	2,11

Creditreform-Risiko-Indikator (CRI) in Prozent

Brandenburg, Berlin, Baden-Württemberg und das Saarland sind die einzigen Bundesländer, deren Bonität sich im Laufe des Jahres verbesserte. In allen anderen Ländern haben die Unternehmen einen höheren Risikofaktor als noch vor einem Jahr. Bemerkenswert ist insbesondere Berlin: Hier sank der CRI von ehemals 2,52 auf 2,19 – und das Bundesland stieg vom 13. auf den 7. Platz. Anders erging es Mecklenburg-Vorpommern: Lag die Risikoquote hier im Jahre 2007 noch bei 2,41, so stieg sie im Jahresverlauf auf 2,75 an. Im Ranking der Bundesländer bedeutet das ein Abrutschen vom 12. auf den 15. Platz.

**Tab. 16: Die zehn Kreise mit dem niedrigsten
Creditreform-Risiko-Indikator (CRI)**

■	2008	2007
München	0,93	0,87
Bayreuth	0,98	1,21
Rottal-Inn	1,00	0,96
Starnberg	1,00	0,94
Lichtenfels	1,02	1,48
Ostalbkreis	1,02	1,11
Alb-Donau-Kreis	1,04	1,46
Forchheim	1,07	1,32
Mühlhofen a. Inn	1,07	1,52
Neuburg- Schrobenhausen	1,14	1,32

CRI in Prozent

Auf Kreisebene bezogen liegt der Kreis München (nicht die Stadt!) trotz einer Verschlechterung des CRI von 0,87 auf 0,93 Prozent auf dem Spitzenplatz. Unternehmen, die dort angesiedelt sind, unterliegen einem sehr geringen Risiko, insolvent zu werden. Es folgen die Kreise Bayreuth (CRI: 0,98 Prozent; Vorjahr: 1,21 Prozent) und Rottal-Inn (CRI: 1,0 Prozent; Vorjahr: 0,96 Prozent).

Kreis München liegt vorn

**Tab. 17: Die zehn Kreise mit dem höchsten
Creditreform-Risiko-Indikator (CRI)**

■	2008	2007
Aschersleben- Staufurt	4,57	4,08
Osterode am Harz	4,12	3,80
Schönebeck	4,05	3,46
Frankfurt (Oder), Stadt	3,85	2,37
Gelsenkirchen, Stadt	3,81	3,34
Herne, Stadt	3,67	3,76
Cottbus, Stadt	3,63	3,30
Suhl, Stadt	3,63	2,98
Jerichower Land	3,54	3,11
Magdeburg, Landeshauptstadt	3,51	3,47

CRI in Prozent

Am unteren Ende liegt der Kreis Aschersleben-Staßfurt in Sachsen-Anhalt mit einem Risikoindikator von 4,57 Prozent (Vorjahr: 4,08 Prozent), gefolgt von Osterode am Harz (CRI 4,12 Prozent; Vorjahr: 3,80 Prozent) in Niedersachsen und Schönebeck mit einem Risikoindikator von 4,05 Prozent (Vorjahr: 3,46 Prozent).

1.6 Insolvenzen und die Schäden

Die Schadenssumme, die im Jahr 2008 der Wirtschaft durch Unternehmensinsolvenzen entstanden ist, beläuft sich nach Creditreform Recherchen auf 29,0 Milliarden Euro und liegt damit etwas unter dem Niveau vom vergangenen Jahr (29,2 Milliarden Euro. Die privaten Schäden betragen 21,0 Milliarden Euro (Vorjahr: 21,2 Milliarden Euro) und die öffentliche Hand trifft es mit 8,0 Milliarden Euro.

Zum Vergleich: Eine Verbraucherinsolvenz verursacht im Durchschnitt einen Schaden in Höhe von 36.800 Euro – auf das Jahr hochgerechnet wären das 3,6 Milliarden Euro.

Stagnation bei den Insolvenzscha

Tab. 18: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro

■	private Schäden	öffentliche Hand	Gesamt
1999	17,9	9,7	27,6
2000	17,9	9,2	27,1
2001	22,0	10,3	32,3
2002	26,6	11,8	38,4
2003	27,9	12,6	40,5
2004	27,5	11,9	39,4
2005	26,7	10,8	37,5
2006	22,4	8,7	31,1
2007	21,2	8,0	29,2
2008 *)	21,0	8,0	29,0

*) von Creditreform geschätzt

Das Statistische Bundesamt gibt für die ersten acht Monate des Jahres eine Schadenssumme von 11,6 Milliarden Euro an. Linear hochgerechnet ergäbe dies ein Schadensvolumen von 17,4 Milliarden Euro, nach-

dem im vergangenen Jahr noch Schäden in Höhe von 18,1 Milliarden aufgelaufen waren. Allerdings erfolgt beim Statistischen Bundesamt die Ermittlung der Forderungen zu einem relativ frühen Zeitpunkt im Verfahrensablauf. Daher sind die Gerichte vor allem auf die Auskünfte der Schuldner angewiesen, denn die Aufforderung an die Gläubiger, ihre Ansprüche geltend zu machen, ist bei Eröffnungsbeschluss noch nicht ergangen. Häufig sind die Gerichte daher gezwungen, die Forderungshöhe zu schätzen. Bei der Ermittlung der tatsächlichen finanziellen Ergebnisse erweisen sich die bei Eröffnung genannten Forderungen regelmäßig als zu niedrig.

Der Pensions-Sicherungs-Verein, der im Fall der Insolvenz des Arbeitgebers die Betriebsrenten weiter zahlt, hat seinen Beitragssatz für das Jahr 2008 auf 1,8 Promille (Vorjahr: 3,0 Promille) festgesetzt. Damit muss die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr deutlich weniger für die Pensionssicherung insolventer Unternehmen aufbringen als im Vorjahr. Der Beitragssatz wird bezogen auf die von den Arbeitgebern bis 30. September 2008 gemeldete Beitragsbemessungsgrundlage. Dabei handelt es sich um die abgesicherten Rückstellungen für Betriebsrenten in den Bilanzen der Mitgliedsunternehmen, die 277 Milliarden Euro betragen. Insgesamt müssen die Mitgliedsunternehmen in diesem Jahr rund 500 Millionen Euro (im Vorjahr waren es noch 823 Millionen Euro) zahlen. Der der Kalkulation zugrunde liegende Schaden für 2008 beläuft sich auf etwa 730 Millionen Euro. Er liegt damit um fast 200 Millionen Euro niedriger als der Vorjahreswert (927 Millionen Euro). Aufgrund der im letzten Jahr gebildeten Rückstellung für Beitragsrückerstattung, den Erträgen aus Kapitalanlagen sowie Rückzahlungen aus Insolvenzen konnte der diesjährige Beitragssatz daher deutlich niedriger als der vorjährige festgesetzt werden. Im Pensions-Sicherungs-Verein sind rund 72.200 Unternehmen Mitglied. Rechtsgrundlage ist das Betriebsrentengesetz. Hierin ist dem PSVaG ein Umlageverfahren zur Finanzierung seiner Leistungen vorgeschrieben. Deshalb spiegelt sich die Schadenentwicklung eines Jahres im jeweiligen Beitragssatz wider.

1.7 Arbeitsplatzverluste durch Insolvenzen

Die Zahl der Arbeitsplätze, die durch Insolvenzen bedroht sind, erhöhte sich – parallel zur Unternehmensinsolvenzentwicklung – um leichte 1,6 Prozent auf 447.000. Zu beachten ist, dass diese Zahl nur als Richtschnur gelten kann, da Unternehmen häufig schon im Vorfeld einer Insolvenz Arbeitsplätze abbauen oder gerade leitende Angestellte schon früh das „sinkende Schiff“ verlassen. Auf der anderen Seite werden nicht immer sämtliche Arbeitsplätze durch eine Insolvenz vernichtet – im Fall der Vereinbarung eines Insolvenzplanverfahrens oder bei der übertragenden Sanierung etwa bleiben in der Regel Arbeitsplätze erhalten.

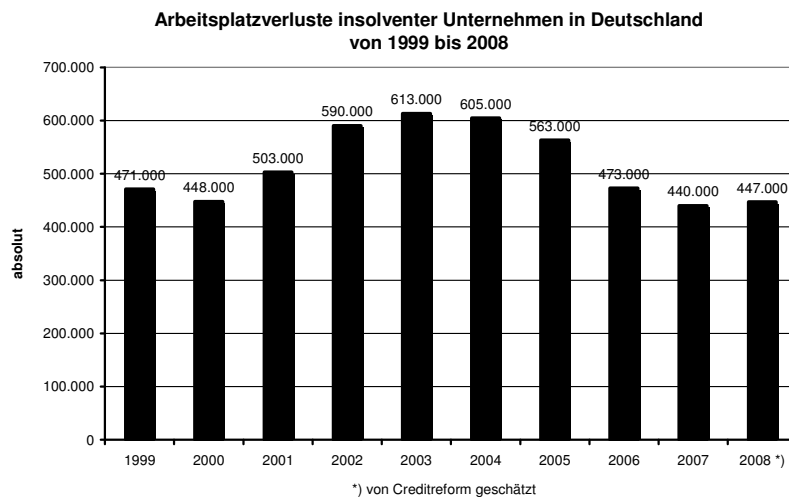
Mehr Arbeitsplätze durch Insolvenz gefährdet

Tab. 19: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland

■	Anzahl der Personen	Veränderung in Prozent
1999	471.000	- 6,0
2000	448.000	- 4,9
2001	503.000	+ 12,3
2002	590.000	+ 17,3
2003	613.000	+ 3,9
2004	605.000	- 1,3
2005	563.000	- 6,9
2006	473.000	- 16,0
2007	440.000	- 7,0
2008 *)	447.000	+ 1,6

*) von Creditreform geschätzt

Von destatis sind aktuell nur die Monate Januar bis August verfügbar. Insgesamt 74.938 betroffene Arbeitnehmer zählt das Statistische Bundesamt in dieser Zeit. Hochgerechnet auf das Jahr – ohne die Auswirkungen der Finanzkrise und eventueller konjunktureller Einbrüche zu berücksichtigen – kommt man dabei auf 112.407 insolvenzbedingte Arbeitsplatzverluste. Das wären deutlich weniger als noch vor einem Jahr. Damals zählte destatis 125.175 von der Insolvenz ihres Arbeitgebers betroffene Arbeitnehmer.



1.8 Finanzierung und Insolvenzen

Neben der konjunkturellen Entwicklung und individuellen Managementfehlern gibt es einen dritten großen Ursachenkomplex, der für das Zusammenbrechen eines Unternehmens verantwortlich sein kann: die Finanzierung. Verschlechtert sich die Auftragslage, kommt es entscheidend darauf an, die notwendigen Eigenmittel zur Verfügung zu haben, um eine eventuelle Durststrecke überbrücken zu können oder um günstig an Fremdkapital zu gelangen. Anderenfalls können ausbleibende Aufträge oder hohe Zinsen für die Fremdfinanzierung die Stabilität eines Unternehmens empfindlich treffen.

Im März dieses Jahres, als die Finanzkrise sich schon anbahnte, das gesamte Ausmaß für die Weltwirtschaft aber noch nicht deutlich war, fragte Creditreform 4.000 Unternehmen nach ihren Eindrücken und Perspektiven. Insbesondere die Frage nach der Kreditverknappung war dabei von Belang. Im November wiederholte Creditreform in einer Blitzumfrage die Untersuchung, um festzustellen, inwieweit sich die Situation innerhalb der vergangenen sechs Monate tatsächlich verschärft hat.

Im Frühjahr gaben 32,5 Prozent der Befragten an, dass für sie der Zugang zu Finanzmitteln seit dem Herbst 2007 schwieriger oder deutlich schwieriger geworden sei. Aktuell sind es 33,1 Prozent, also nicht

Gibt es weniger Kredite oder werden weniger gewollt?

augenfällig mehr Unternehmer. Allerdings: Im Baugewerbe ist eine deutliche Verschärfung der betroffenen Unternehmen festzuhalten: So gaben im Frühjahr 38,3 Prozent der befragten Bauunternehmen an, dass sich der Zugang zu Finanzmitteln für sie verschlechtert habe, während es aktuell schon 55,6 Prozent sind.

Tab. 20: Veränderungen der Finanzierungsbedingungen für Unternehmen seit Frühjahr 2008

■	
Zugang zu Finanzmitteln ist einfacher geworden	2,1 (7,4)
Zugang zu Finanzmitteln ist schwieriger geworden	21,4 (19,4)
Zugang zu Finanzmitteln ist deutlich schwieriger geworden	11,7 (13,1)
keine Veränderungen	61,8 (53,9)

Angaben in Prozent der Befragten;

() = Veränderungen von Herbst 2007 zu Frühjahr 2008; Rest ohne Angabe

Nach der Art der Schwierigkeiten gefragt, ergeben sich zum Teil deutliche Verschärfungen im Vergleich zum Frühjahr: So müssen aktuell 35,6 Prozent der Unternehmen höhere Sicherheiten beibringen, während es vor einem halben Jahr lediglich 16,3 Prozent waren. Auch bei der Frage nach dem Ob der Bewilligung eines Kredites hat sich die Lage verschärft: 8,9 Prozent der Unternehmen, die einen Kreditwunsch haben, wurde dieser bis zum November 2008 verwehrt. Im März erfuhren eine Ablehnung lediglich 1,6 Prozent. In punkto Zinsen hat sich dagegen nicht viel getan: Von gestiegenen Kreditzinsen berichten aktuell 22,8 Prozent, während es im Frühjahr 22,6 Prozent waren.

Die EZB berichtet, dass im dritten Quartal 2008 eine größere Zahl von Banken eine Verschärfung ihrer Kreditlinien für Unternehmenskredite meldet – ein Plus von erheblichen 22 Prozentpunkten auf 65 Prozent. Ausschlaggebend waren die Konjunkturaussichten sowie branchen- und firmenbezogene Faktoren, aber auch die Finanzierungsbedingungen auf dem Geld- und Anleihemarkt.

Allerdings sank nach Angaben der EZB auch die Nachfrage nach Krediten, und zwar um deutliche 26

Prozent gegenüber dem Vorquartal. Zurückzuführen sei das auf einen rückläufigen Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen und einen nach wie vor negativen Beitrag der Fusionen, Übernahmen und Unternehmensstrukturierungen.

Ganz generell wird die Frage nach dem Ob und Wie der Gewährung eines Kredites von der Bonität des kreditsuchenden Unternehmens bestimmt. Einer der entscheidenden Parameter zur Bestimmung der Bonität ist die Eigenkapitalquote: Je höher sie ist, desto eher und billiger kommt ein Unternehmen an Fremdkapital. Mit der Eigenkapitalausstattung im deutschen Mittelstand steht es allerdings nicht zum Besten. Zwar verbesserte sich die Zahl der über ausreichend Eigenkapital (mehr als 30 Prozent im Verhältnis zur Bilanzsumme) verfügenden Unternehmen von ehemals 23,5 auf 26,9 Prozent, wie die Creditreform Herbstumfrage vom September 2008 ergab. Allerdings darf nicht verhehlt werden, dass dieses Ergebnis angesichts des zurückliegenden Boomjahres 2007 nach wie vor unbefriedigend ist. Zu wenige Betriebe nutzten steigende Erträge zum Aufbau von Eigenkapital.

Den unmittelbaren Zusammenhang zwischen erschwerter Kreditaufnahme und Eigenkapitalsituation verdeutlicht die folgende Tabelle: Während lediglich 15,7 Prozent (Frühjahr 2008: 22,4 Prozent) der Unternehmen, die über mehr als 30 Prozent Eigenkapital verfügen, angaben, Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzmitteln gehabt zu haben, sind es bei den Betrieben mit weniger als zehn Prozent Eigenkapital mehr als doppelt so viele, nämlich 41,7 Prozent (Frühjahr 2008: 41,8 Prozent)

***Je weniger Eigenkapital,
desto teurer der Kredit***

Tab. 21: Eigenkapitalausstattung und Finanzierungsbedingungen

■	Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzmitteln
bis 10% Eigenkapital	41,7 (41,8)
über 30% Eigenkapital	15,7 (22,4)

Angaben in Prozent der Befragten; () = Frühjahr 2008

1.9 Große Firmeninsolvenzen

Die größte Insolvenz des Jahres 2008 nahm bereits Ende 2007 ihren Anfang: Nachdem sich die Bundesregierung im November 2007 auf die Einführung eines Mindestlohns im Briefzustellerbereich durch die Aufnahme in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) geeinigt hatte, kündigte die Axel Springer AG massiven Widerstand an und drehte schließlich dem Post-Konkurrenten **PIN Group AG**, deren größter Anteilseigner sie war, den Geldhahn zu. In der Folgezeit meldeten immer mehr PIN-Regionalgesellschaften Insolvenz an. Nach Einschätzung des Insolvenzverwalters Andreas Ringstmeier wird mehr als jeder zweite Arbeitsplatz verloren gehen. „Vielleicht werden wir am Ende 5.000 haben, wenn es gut geht“, sagte er dem „Tagesspiegel am Sonntag“. Ursprünglich habe die PIN Group 11.500 Menschen beschäftigt.

Die ehemalige KarstadtQuelle Tochter **SinnLeffers** stellt die zweitgrößte Insolvenz des Jahres 2008 – mit 4.100 betroffenen Mitarbeitern. Die beiden anderen Arcandor-Töchter Wehmeyer und Hertie finden sich ebenfalls in der Liste der größten Insolvenzen des Jahres 2008. SinnLeffers werden allerdings die größten Überlebenschancen eingeräumt. Zum einen, weil der Eigentümer voll hinter dem Engagement steht, zum anderen, weil dem bestellten Insolvenzverwalter Horst Piepenburg der Ruf des Sanierers vorausseilt. Der renommierte Jurist wurde schon bei Ihr Platz, Babcock Borsig und PIN um Hilfe gebeten. Mittlerweile ist das beantragte Insolvenzplanverfahren in Eigenverwaltung eröffnet worden. Mit der eher selten genehmigten Eigenverwaltung erhält das Management seine Entscheidungskompetenzen zurück. Ein Insolvenzplan wird vom Gericht nur genehmigt, wenn es gute Chancen auf eine Sanierung sieht. SinnLeffers will das Filialnetz eindampfen: 24 der 47 Geschäfte sollen geschlossen werden. Die verbleibenden 23 Filialen sollen dauerhaft profitabel werden. Piepenburg hatte die hohen Mieten als einen Grund für die finanzielle Schiefelage bezeichnet. Mit den Vermietern von 17 Geschäften sei er sich nun einig, sagte er.

Nummer zwei der ehemaligen Arcandor-Töchter traf es fast zeitgleich zu SinnLeffers: Ende Juli stellte die **Hertie GmbH** einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Im Jahr 2007 kaufte der britische Finanzdienstleister Dawnay Day die Hertie-Warenhauskette vom Karstadt-Quelle-Konzern. Ende Juli 2008 meldete Dawnay Day Insolvenz an, die somit auch die Hertie GmbH erfasste. Zurzeit betreibt Hertie bundesweit 73 Warenhäuser. „Mein Ziel ist es, so viele Hertie-Häuser wie möglich zu erhalten, denn wir benötigen einen Mindestumsatz, um das Geschäft wirtschaftlich betreiben zu können“, wird der Insolvenzverwalter Biner Bähr zitiert. Zuletzt hat Hertie mit rund 3.400 Mitarbeitern 450 Millionen Euro umgesetzt und dabei nicht näher bezifferte Verluste eingefahren.

Deutschlands größter Wohnmobilhersteller **Knaus Tabbert** rutschte Anfang Oktober in die Pleite. Nach einem gescheiterten Rettungsversuch stellte das Unternehmen aus dem niederbayerischen Jandelsbrunn beim Amtsgericht Passau einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens wegen Zahlungsunfähigkeit. Tage zuvor waren Verhandlungen mit den Gläubigerbanken gescheitert. Der eingeschaltete Insolvenzverwalter Michael Jaffé soll nun die Sanierung einleiten. Jaffé versucht, Finanzinvestoren ins Boot zu holen. Dazu liefen derzeit Verhandlungen, sagte er. Von der Pleite sind rund 1.500 Beschäftigte betroffen.

Die Berliner Spedition **Friedrich Schulze** meldete ihre Zahlungsunfähigkeit Ende August beim Amtsgericht Potsdam. Betroffen sind 1.137 Beschäftigte. Friedrich Schulze ist eine der großen Speditionen in Deutschland und hat seinen Hauptsitz in Ludwigsfelde. Geleitet werden die Geschäfte des 1914 gegründeten Unternehmens aber aus Berlin-Tempelhof. Als Grund für die Insolvenz nannte Insolvenzverwalter Bruno Kübler einen „Liquiditätseingpass, der durch eine Reihe von Faktoren verursacht wurde“. Er nannte den hohen Dieselpreis, den Wettbewerbsdruck durch Konkurrenten aus Osteuropa sowie eine nachlassende Zahlungsmoral aufgrund der schlechten Lage im Handel. Derzeit seien elf Gesellschaften von Friedrich Schulze von der Insolvenz betroffen.

In den Achtzigern gegründet, in den Neunzigern beachtlichen Ruhm eingefahren, aber am 21. Jahrhundert gescheitert. So lässt sich die Karriere des IT-Traditionsunternehmens **Maxdata** umschreiben. Der Gerätehersteller beantragte Ende Juni wegen drohender Zahlungsunfähigkeit Insolvenz. Auch wenn im vergangenen Jahr der Umsatz noch 469 Millionen Euro betrug – schon lange bewegt sich das Geschäft in der Verlustzone. "Maxdata leidet seit Jahren unter dem hohen Wettbewerbsdruck und einem massiven Preisverfall in der IT-Branche. Dies führte zu massiven Umsatz- und Ergebnisrückgängen", heißt es in einer Ad-hoc-Erklärung des Vorstandes. Ein vor zwei Jahren gestartetes Restrukturierungsprogramm, bei dem jeder vierte Mitarbeiter entlassen wurde, habe weder 2007 noch in den ersten Quartalen 2008 greifen können. Neben dem Hauptquartier in Marl seien auch alle ausländischen Tochterunternehmen von der Insolvenz betroffen – mit Ausnahme der Vertriebsgesellschaften in den Niederlanden und der Schweiz: Insgesamt stehen so rund 1.000 Jobs auf der Kippe.

Die siebtgrößte Insolvenz des Jahres 2008 betrifft die Modekette **Wehmeyer GmbH und Co. KG** aus Aachen, die Anfang Juli in die Knie ging. 950 Beschäftigte sind vom Niedergang der ehemaligen Tochter von KarstadtQuelle (heute Arcandor) betroffen. Als Gründe waren das schwierige Marktumfeld und das zurückhaltende Konsumverhalten in Deutschland genannt worden. Vor allem im mittleren Preissegment haben die Anbieter Probleme. Mittlerweile werden dem Unternehmen gute Überlebenschancen eingeräumt: Der indische Textilimporteur Rajive Ranjan übernimmt die 23 verbliebenen Wehmeyer-Filialen mit 500 Beschäftigten, wie Insolvenzverwalter Walter Kebekus Anfang November in Düsseldorf mitteilte. Die Manager der Textilkette SinnLeffers dürfen das Unternehmen in Eigenregie sanieren.

Die jüngste Insolvenz ist zugleich der erste große Automobilzulieferer, der in die Pleite gerutscht ist. Die Rede ist von **Geiger technologies**. Betroffen von der Insolvenz sind etwa 900 Mitarbeiter. Das Unternehmen mit Sitz in Garmisch-Partenkirchen entwickelt und pro-

duziert Kunststoffkomponenten für die Automobilindustrie sowie den Sport- und Freizeitbereich. Zu der Firma gehören Standorte in Murnau (Oberbayern) und im thüringischen Tambach-Dietharz sowie im polnischen Sosnowiec. Zum vorläufigen Insolvenzverwalter wurde Rechtsanwalt Martin Prager bestellt. "Wir arbeiten auf eine Fortführung des Unternehmens hin, für Prognosen ist es allerdings noch zu früh", erklärte er. In einem Zeitungsbericht hieß es, der indische Investor Sintex, der bereits 18,7 Mio. Euro in das Unternehmen gesteckt habe, sei vertraglichen Verpflichtungen nicht nachgekommen. Im August war eine Tochter der niederländischen Sintex Holdings BV, die zum indischen Mischkonzern Sintex gehört, bei Geiger eingestiegen. Laut Unternehmensmitteilung sah die Einigung auch umfangreiche Investitionen bei dem oberbayerischen Unternehmen vor.

Insolvenz Nummer neun war bereits in der Halbjahresanalyse in den Top-Five: Die Großspedition **RiCö Internationale Transporte und Logistik GmbH** aus Osterode am Harz – dem Landkreis mit dem zweit-schlechtesten Creditreform Risikoindikator. Insgesamt wurden in der Firmengruppe 3.200 Mitarbeiter beschäftigt, davon etwa 950 in Deutschland. 400 wurden bereits Ende März entlassen. Anfang April leitete die Staatsanwaltschaft Braunschweig ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Betruges, der Untreue, der Insolvenzverschleppung und anderer Wirtschaftsstraftaten ein. Das Verfahren wurde wegen Masseunzulänglichkeit eingestellt.

Am ersten Februar dieses Jahres wurde die Insolvenz über einen der größten Küchenanbieter in Deutschland – die **Astroh Küchen GmbH & Co. KG** aus Bochum – eröffnet. Bundesweit unterhielt die Küchen-Kette 21 Filialen, in denen insgesamt 750 Mitarbeiter beschäftigt waren. Für die Astroh-Kunden, die zum Teil erhebliche Summen für eine Küche angezahlt hatten und aufgrund der Insolvenz nicht beliefert worden waren, sieht es schlecht aus. Der Insolvenzverwalter hat inzwischen die Verträge mit den Kunden einseitig gekündigt, nachdem der letzte Interessent für die Astroh-Gruppe abgesprungen war.

Tab. 22: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2008

■	Unternehmen	Geschäftszweck
	PIN Mail GmbH, Brakel	Private Post- und Kurierdienste
	SinnLeffers GmbH, Hagen	Groß- und Einzelhandel mit Textilien
	Hertie GmbH, Gladbeck	Betrieb von Kaufhäusern, Handel mit Produkten sowie die Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen
	KNAUS TABBERT GROUP GmbH, Jandelsbrunn	Herstellung, Handel und Vertrieb von Straßenfahrzeugen, insbesondere von Wohnwagen und Wohnmobilen (Caravans), Campingartikeln aller Art und sonstigen Artikeln für den Freizeitbedarf
	Friedrich Schulze Spedition und Logistik G.m.b.H., Ludwigsfelde	Spedition
	MAXDATA, Marl	Herstellung und Handel mit Computerperipheriegeräten aller Art einschließlich der Erbringung aller damit in Zusammenhang stehenden Dienst- und Serviceleistungen
	WEHMEYER GmbH & Co. KG, Aachen	Einzelhandel mit Bekleidung und Bekleidungszubehör
	Geiger technologies GmbH, Garmisch-Partenkirchen	Handelsvermittlung von technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk, Kunststoffen und Düngemitteln
	RiCö Internationale Transporte und Logistik GmbH, Osterode	Erlaubnispflichtiger gewerblicher Güterkraftverkehr, Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren ohne ausgeprägten Schwerpunkt
	Astroh Küchen GmbH & Co. KG, Bochum	Einzelhandel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat

Quelle: Creditreform Datenbank

Obwohl sie es nicht in die Top-Ten der größten Insolvenzen des Jahres 2008 geschafft haben, sollen folgende Heimgänge – zum Teil sehr bekannter Traditionshäuser – zumindest Erwähnung finden. Ebenfalls in die Insolvenz gingen im Jahr 2008 der Papiermaschinenhersteller Andreas Kufferath, die ProMarkt Handels GmbH, die Papierfabrik Scheufelen, die Graf Gebäudemanagement GmbH, der Spezialist für Damen-Oberbekleidung Heidemann, das Textilunternehmen Lucia AG, der Industrienähmaschinenhersteller Pfaff, die Krefelder Billigzahnartzkette Mc Zahn, die Traditionswerft Lindenau, der Flugzeughersteller Grob, die Lederwarenmarke EganaGoldpfeil, der Autozulieferer GCI, der Klavierbauer Seiler und der Uhrenhersteller Junghans.

■ 2 Neueintragungen und Löschungen von Unternehmen

2.1 Gründungsbilanz

Das Gründungsgeschehen in Deutschland ist 2008 weiter abgeebbt. Nachdem im Vorjahr noch mehr als 855.000 Gewerbeanmeldungen registriert wurden, ist die Zahl der Unternehmens- und Existenzgründungen im Jahr 2008 auf 816.000 zurückgegangen. Dieser Wert markiert den niedrigsten Stand seit fünf Jahren und bedeutet gleichzeitig einen Rückgang um fast 40.000 oder 4,6 Prozent gegenüber 2007.

Während die Neueintragungen einen merklichen Rückgang verzeichneten, sind die Abmeldezahlen nahezu unverändert geblieben. So werden im Jahr 2008 voraussichtlich 711.400 Gewerbebetriebe und damit 1,1 Prozent weniger als im Vorjahr aus den Registern gelöscht. Per Saldo weist die Gründungsbilanz zwar weiterhin einen deutlichen Zuwachs in Höhe von 104.500 Existenzgründern auf. Gleichwohl sind 2008 netto weit weniger Betriebe hinzugekommen als im Vorjahr. So brachte die gute Arbeitsmarktlage auch in diesem Jahr für viele potenzielle Existenzgründer gute Chancen als abhängig Beschäftigte und damit lohnenswerte Alternativen zur Selbstständigkeit. Hinzu kommt, dass die neuen Förderinstrumente der Bundesagentur für Arbeit nicht die gleichen expansiven Impulse für die Gründungszahlen hatten, wie sie durch die bis 2006 gültige Ich-AG-Regelung ausgelöst wurden.

Gründungen weiter rückläufig

Positiver Saldo der Gründungsbilanz – aber geringster Zuwachs seit fünf Jahren

Tab. 23: Gründungsbilanz 2008 *) für Gesamtdeutschland

■	Anmeldungen	Veränd. in Prozent	Abmeldungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	722.500 (756.300)	- 4,5	646.300 (656.900)	- 1,6
Handels- register:	93.400 (99.300)	- 5,9	65.100 (62.700)	+ 3,8
Gesamt:	815.900 (855.600)	- 4,6	711.400 (719.600)	- 1,1
Saldo:	104.500 (136.000)	- 23,2		

*) Creditreform Schätzung; () = 2007

Anstieg der HR-Löschungen

In Westdeutschland sank die Zahl der Neuanmeldungen um 4,8 Prozent und damit etwas stärker als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Insgesamt wurden im Gebiet der früheren Bundesrepublik gut 665.000 Betriebe neu ins Gewerbe- und Handelsregister aufgenommen. Gleichzeitig wurde eine leicht verringerte Zahl von Abmeldungen registriert. Knapp 575.000 Löschungen wurden vorgenommen – 1,1 Prozent weniger als 2007. Wie in den Vorjahren ist der Unternehmensbestand zwischen Nordsee und Alpen zwar auch 2008 gewachsen. Allerdings dürften per Saldo lediglich 90.500 Betriebe hinzugekommen sein (2007: 117.100). Insbesondere der Unternehmensbestand im Handelsregister erhöhte sich nur wenig. Die HR-Neueintragungen gingen um gut sieben Prozent zurück. Gleichzeitig erhöhten sich die Löschungen um gut fünf Prozent.

Tab. 24: Gründungsbilanz 2008 *) für Westdeutschland

■	Anmeldungen	Veränd. in Prozent	Abmeldungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	588.700 (616.000)	- 4,4	521.100 (530.300)	- 1,7
Handels- register:	76.500 (82.400)	- 7,2	53.600 (51.000)	+ 5,1
Gesamt:	665.200 (698.400)	- 4,8	574.700 (581.300)	- 1,1
Saldo:	90.500 (117.100)	- 22,7		

*) Creditreform Schätzung; () = 2007

Auch im Osten: Sinkende Gründungsbereitschaft

Im Jahr 2008 verzeichnen die ostdeutschen Bundesländer inklusive Berlin erneut eine rückläufige Gründungsdynamik. Mit 150.700 Betrieben wurden 4,1 Prozent weniger Neuanmeldungen als 2007 registriert. Der diesjährige Rückgang fiel aber weniger dramatisch aus als im Vorjahr. Die Zahl der Abmeldungen verringerte sich 2008 leicht. So wurden 136.700 Löschungen vorgenommen. Der Saldo aus An- und Abmeldungen rutscht daraufhin binnen Jahresfrist um fast 26 Prozent auf nur noch 14.000 zusätzliche Betriebe. Damit war die Abnahme zum wiederholten Mal höher als in den westlichen Bundesländern. In den neuen Bundesländern scheint sich der Wegfall der arbeitsmarktpolitischen Förderinstrumente weit stärker auf

das Gründungsgeschehen auszuwirken als im Westteil Deutschlands. Während die Anzahl der Handelsregisterneueintragungen bei 16.900 stagniert, wurden Gewerbebeanmeldungen und kleinere Existenzgründungen – beispielsweise im Nebenerwerb – dagegen merklich seltener registriert als 2007 (minus 4,6 Prozent).

Tab. 25: Gründungsbilanz 2008 *) für Ostdeutschland **)

■	Anmel- dungen	Veränd. in Prozent	Abmel- dungen	Veränd. in Prozent
Nur Gewerbe- register:	133.800 (140.300)	- 4,6	125.200 (126.600)	- 1,1
Handels- register:	16.900 (16.900)	+/- 0,0	11.500 (11.700)	-1,7
Gesamt:	150.700 (157.200)	- 4,1	136.700 (138.300)	- 1,2
Saldo:	14.000 (18.900)	- 25,9		

*) Creditreform-Schätzung; () = 2007; **) inkl. Berlin

Bei der Betrachtung der langfristigen Entwicklungen im deutschlandweiten Gründungsgeschehen fällt auf, dass in der Vergangenheit wohl viele Existenzgründungsvorhaben durch staatliche Förderprogramme (Ich-AG) forciert wurden. Aufgrund dieser Regelungen schnellte die Zahl der Gewerbebeanmeldungen in den Jahren 2004 und 2005 auf jeweils deutlich über 900.000 nach oben. Nachdem die Gründungsförderung 2006 reformiert wurde, wagten weit weniger Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit. Die bessere Arbeitsmarktlage sorgte zusätzlich für bremsende Einflüsse auf das Neugründungsgeschehen.

Gleichzeitig dürften diese Effekte die Nachhaltigkeit eines Gründungsvorhabens positiv beeinflusst haben. Da viele Gründer den Kapitalbedarf der Gründungsinvestition unterschätzen, Sicherheiten für notwendige Kredite sowie betriebswirtschaftliche Kenntnisse fehlen, führt ein Gründungsvorhaben trotz staatlicher Unterstützung oftmals nicht zum erhofften Erfolg. Weniger aus der Not geborene Gründungen und mehr chancenmotivierte Projekte heben aber die Qualität der neuen Unternehmungen merklich an.

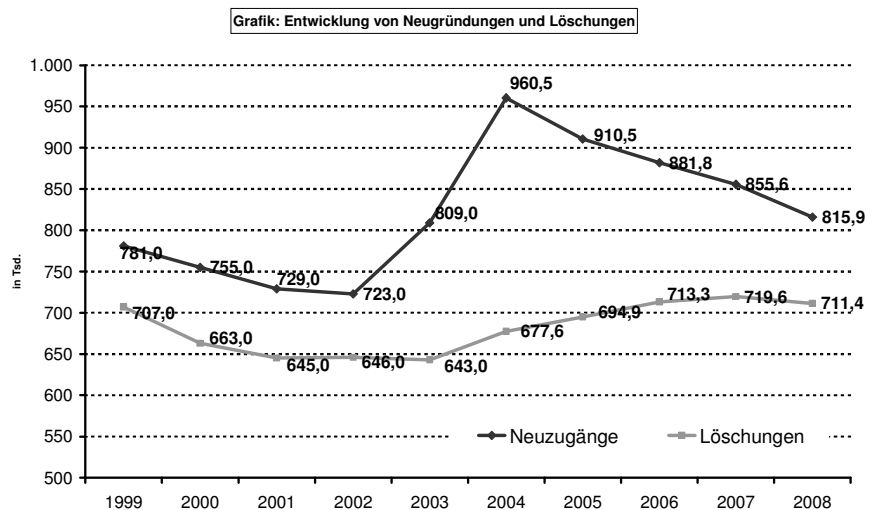
***Weniger Gründungen aus der
Arbeitslosigkeit***

***Qualität der Gründungsvor-
haben steigt***

Tab. 26: Gründungsgeschehen von 1999 bis 2008 in Deutschland

■	Neuzugänge	Löschungen	Saldo
1999	781.000	707.000	74.000
2000	755.000	663.000	92.000
2001	729.000	645.000	84.000
2002	723.000	646.000	77.000
2003	809.000	643.000	166.000
2004	960.500	677.600	282.900
2005	910.500	694.900	215.600
2006	881.800	713.300	168.500
2007	855.600	719.600	136.000
2008 *)	815.900	711.400	104.500

*) von Creditreform geschätzt



Verschärfte Finanzierungsbedingungen bremsen Gründer

Im Zuge der dramatischen Auswirkungen der internationalen Finanzmarktkrise auch auf den deutschen Bankensektor sind die Finanzierungsbedingungen gerade für Existenzgründer nicht einfacher geworden. Die Kreditinstitute prüfen ein Engagement mittlerweile kritischer, und in vielen Fällen ist das Kreditneugeschäft erheblich eingeschränkt worden. Das dürfte auch in den kommenden Monaten für eine weiter sinkende Gründungsbereitschaft sorgen. Zudem haben die Fördermaßnahmen für Existenzgründer nach der Reform der Existenzgründungsförderung deutlich an Attraktivität verloren. Von dieser Seite werden daher kaum neue Impulse auf die Gewerbeanmeldezahlen ausgehen. Wirtschaftsaktive und chancenmotivierte

Gründungen dürften in Zukunft aber einen größeren Anteil am Gründungsgeschehen haben.

2.2 Wirtschaftsaktivität und Beschäftigung

Ein Großteil der neu in die Register eingetragenen Betriebe entfaltet nur eingeschränkte oder gar keine wirtschaftliche Aktivität. Zur Überprüfung der tatsächlichen Wirtschaftsaktivität werden mit Hilfe der Creditreform Unternehmensdatenbank die Neueintragungen hinsichtlich Geschäftsverbindung, Kreditwürdigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen beurteilt. Unternehmen, die eines dieser Merkmale aufweisen, können als wirtschaftsaktiv klassifiziert werden.

Im Zuge des Rückgangs bei den Neueintragungen insgesamt sinkt auch die Zahl wirtschaftsaktiver Gründungen – allerdings weniger stark. Für das Jahr 2008 sind nach Berechnungen der Creditreform Wirtschaftsforschung rund 122.500 Unternehmen hinzugekommen, deren Mitarbeiterzahl, Rechtsform und Geschäftsbeziehungen auf größere wirtschaftliche Aktivität hindeuten. Das ist ein leichtes Minus von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

2,8 Prozent weniger wirtschaftsaktive Gründungen

Tab. 27: Wirtschaftsaktive Neugründungen in Deutschland im Jahr 2008

■	Wirtschaftsaktive Neugründungen (absolut)
Verarbeitendes Gewerbe	10.900 (12.700)
Baugewerbe	11.600 (8.100)
Handel	24.100 (25.000)
Dienstleistungen	75.900 (80.200)
Gesamt	122.500 (126.000)

*) Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank

Die 122.500 neu entstandenen wirtschaftsaktiven Unternehmen verteilen sich unterschiedlich auf die vier wichtigen Hauptwirtschaftsbereiche. Mit knapp 76.000 Betrieben oder 62 Prozent stellt der Dienstleistungssektor den Löwenanteil. Ein größerer Prozentsatz als im Vorjahr entfällt auf das Baugewerbe (9,5 Prozent; 2007: 6,4 Prozent). Dagegen ist der Anteil wirtschafts-

Löwenanteil im Dienstleistungssektor

aktiver Neugründungen im Verarbeitenden Gewerbe und im Handel leicht rückläufig.

Tab. 28: Durchschnittliche Anzahl der Beschäftigten*) bei den produktiven Neugründungen 2008

■	Deutschland
Verarbeitendes Gewerbe	5
Baugewerbe	3
Handel	2,5
Dienstleistungen	2

Quelle: Creditreform Datenbank und eigene Berechnungen; *) inkl. Gründer

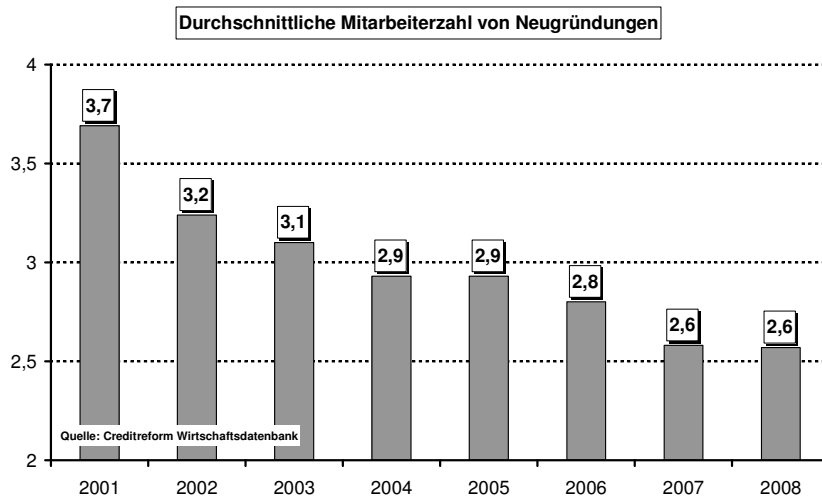
300.000 Arbeitsplätze durch Neugründungen

Im Verarbeitenden Gewerbe verfügt jede Neugründung im Durchschnitt über fünf Beschäftigte. Neue Unternehmen aus den Wirtschaftsbereichen Handel und Dienstleistungen sind mit zwei bzw. 2,5 Mitarbeitern in der Regel deutlich kleiner. Aus der Zahl der neuen wirtschaftsaktiven Betriebe kann unter diesen Prämissen die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze ermittelt werden: Demnach sind im Jahr 2008 durch neu gegründete wirtschaftsaktive Unternehmen gut 300.000 neue Arbeitsplätze entstanden – ein kleines Plus von einem Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Tab. 29: Zahl neugeschaffener Arbeitsplätze durch wirtschaftsaktive Gründungen 2008 in Deutschland

■	Zahl der Beschäftigten *)	
Verarb. Gewerbe	5 x 10.900	54.500 (63.500)
Baugewerbe	3 x 11.600	34.800 (24.300)
Handel	2,5 x 24.100	60.300 (50.000)
Dienstleistungen	2 x 75.900	151.800 (160.400)
Gesamt		301.400 (298.200)

*) von Creditreform geschätzt; Angaben teilweise gerundet; () = Vorjahr
Quelle: Creditreform Datenbank



Der zunehmende Trend zur Tertiärisierung der deutschen Volkswirtschaft lässt die durchschnittliche Größe der Gründungsvorhaben zurückgehen. Da das Gewicht des Dienstleistungssektors am Gründungs geschehen seit Jahren stetig zunimmt und Gründungen in diesem Wirtschaftszweig zumeist kleinteiliger erfolgen als beispielsweise im Verarbeitenden Gewerbe, sinkt die Zahl der pro Gründung durchschnittlich geschaffenen Arbeitsplätze. 2008 dürften pro Neugründung etwa 2,6 Stellen entstanden sein. Vor sieben Jahren lag dieser Wert noch bei 3,7. Gleichwohl konnte dieser Einschnitt durch die hohe Zahl von Existenzgründungen (Mengeneffekt) im Dienstleistungssektor wettgemacht werden.

Geringere Betriebsgröße durch hohen Dienstleistungsanteil

Kompensation durch Mengeneffekt

2.3 Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen und Bundesländern

Auf die Neueintragungen in das Handelsregister wird stets ein besonderes Augenmerk gelegt, werden hier doch zumeist größere Unternehmen registriert, die gleichzeitig ein hohes Potenzial für Arbeitsplätze und wirtschaftliches Wachstum bieten.

2008 gab es die meisten Handelsregisterneueintragungen einmal mehr in der Dienstleistungsbranche. Mehr als ein Drittel (35,3 Prozent) aller neu ins Handelsregister aufgenommenen Unternehmen kamen aus dem Sektor der unternehmensnahen Dienstleistungen wie Steuerberater, Ingenieurbüros oder Wachdienste. Auf den Bereich der personenbezogenen

Unternehmensdienstleister mit Gründungsboom

Jeder Zehnte aus Wohnungswesen und Vermietung

Dienste (Friseure, Wäschereien etc.) entfielen weitere 6,6 Prozent aller größeren Gründungsprojekte. Mitinigem Abstand zum Spitzenreiter folgt der Groß- und Einzelhandel, dem 15,6 Prozent der 2008 gegründeten Handelsregisterunternehmen angehören. Jeder zehnte Neuling (10,4 Prozent) ist im Geschäftsfeld Grundstücks- und Wohnungswesen sowie der Vermietungsbranche tätig.

Tab. 30: Neueintragungen nach Wirtschaftsbereichen 2008

■	Westdeutschland		Ostdeutschland		Deutschland	
	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil	absolut	%-Anteil
Land- u. Forstwirtsch. / Fischerei, Bergbau. u. Gewinn. v. Steinen u. Erden	880	1,2	300	1,8	1.180	1,3
Verarbeitendes Gewerbe	5.500	7,2	1.350	8,0	6.850	7,3
Energie u. Wasser - Versorgung	1.100	1,4	370	2,2	1.470	1,6
Baugewerbe	4.550	5,9	1.360	8,1	5.910	6,3
Kfz-Handel	1.940	2,5	430	2,6	2.370	2,5
Groß- u. Einzelhandel	12.470	16,3	2.110	12,5	14.580	15,6
Gastgewerbe	1.890	2,5	510	3,0	2.400	2,6
Verkehr u. Logistik	3.700	4,8	680	4,0	4.380	4,7
Kredit- u. Versicherungsgewerbe	1.630	2,1	370	2,2	2.000	2,1
Grundstücks- u. Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen	7.410	9,7	2.320	13,8	9.730	10,4
Datenverarbeitung, Forschung u. Entwickl.	2.820	3,7	580	3,4	3.400	3,6
unternehmensnahe Dienstleistungen	28.020	36,6	4.900	29,1	32.920	35,3
sonstige persönliche Dienstleistungen (Wäscherei, Frisöre, Bestattungswesen etc.)	4.590	6,0	1.570	9,3	6.160	6,6
Summe	76.500	99,9	16.850	100,0	93.350	99,9

Quelle: Creditreform Datenbank

Anteil des Verarbeitenden Gewerbes steigt

Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt, dass der Anteil der Groß- und Einzelhändler an allen Handelsregisterneueintragungen zurückgegangen ist (minus 0,5 Prozentpunkte). Ein leichtes Minus (minus 0,3 Prozentpunkte) verzeichnete auch die Baubranche. Nur noch 6,3 Prozent der neu registrierten Unternehmen kom-

men aus diesem Wirtschaftszweig. 2007 waren es schon einmal 6,6 Prozent. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes ist dagegen auf 7,3 Prozent leicht gestiegen (2007: 6,6 Prozent) – ein Beleg für die höhere Qualität der diesjährigen Gründungsprojekte. Im Kredit- und Versicherungsgewerbe bremst die internationale Finanzmarkt- und Bankenkrise die Gründungsaktivitäten erheblich. Binnen eines Jahres ist die Zahl der Neugründungen in diesem Bereich um 35 Prozent gefallen. Derzeit sind nur noch 2,1 Prozent der neuen Unternehmen in der Kredit- und Versicherungswirtschaft tätig (Vorjahr: 3,1 Prozent).

Bankenkrise bremst Aktivitäten im Kredit- und Versicherungsgewerbe

Der Vergleich zwischen den Regionen Ost und West zeigt markante Unterschiede in der Branchenstruktur der Neugründungen. In Ostdeutschland weist das Baugewerbe mit 8,1 Prozent der Gründungen einen deutlich höheren Anteil auf als in den westlichen Bundesländern (5,9 Prozent). Ähnliches gilt für die personenbezogenen Dienste und auch für das Verarbeitende Gewerbe. Immerhin acht Prozent der Neulinge zwischen Ostsee und Erzgebirge waren Industriebetriebe. Auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik liegt dieser Anteil bei lediglich 7,2 Prozent.

Im Osten überwiegend Bau und Personendienstleistungen

Ein umgekehrtes Bild ergibt sich im Handelssektor und bei den Unternehmensdienstleistungen. So waren im Osten 12,5 Prozent der neuen Unternehmen Einzel- oder Großhändler, im Westen sind es 16,3 Prozent – fast vier Prozentpunkte mehr. Mit 29,1 Prozent aller Neueintragungen in das Handelsregister erreicht der Wirtschaftsbereich der unternehmensnahen Dienste zwar auch in Ostdeutschland einen hohen Anteil am Gründungsgeschehen. Allerdings ist das Gewicht im Westen der Bundesrepublik mit 36,6 Prozent noch größer.

Westen: Handel und Unternehmensdienstleister sind gefragte Branchen

Tab. 31: Unternehmensneueintragungen und -lösungen nach Bundesländern 2008

■	Neueintragungen			Löschungen	Saldo
	absolut	Veränderung zu 2007 (%)	je 10.000 Unternehmen		
Baden-Württemberg	9.950	0,7	230	8.800	1.150
Bayern	16.050	- 5,6	290	9.230	6.820
Berlin	7.000	- 0,6	560	2.780	4.200
Brandenburg	2.390	7,7	280	1.120	1.270
Bremen	660	- 6,0	290	670	- 10
Hamburg	5.460	- 8,4	650	2.770	2.690
Hessen	7.590	- 14,3	310	5.860	1.730
Mecklenburg-Vorp.	1.360	- 1,3	260	970	390
Niedersachsen	8.230	- 14,1	310	5.780	2.450
Nordrhein-Westfalen	21.800	- 4,8	330	15.690	6.130
Rheinland-Pfalz	3.320	- 3,7	210	2.510	810
Saarland	800	- 1,4	230	580	220
Sachsen	3.300	- 2,0	230	2.930	370
Sachsen-Anhalt	1.290	- 8,1	190	1.730	- 440
Schleswig-Holstein	2.640	-18,8	250	1.690	950
Thüringen	1.510	1,2	200	1.950	- 440
Gesamt	93.350	- 6,0	300	65.060	28.290

Quelle: Creditreform Datenbank.

NRW ist Gründerland Nr. 1 – Bremen: nur zwei Gründungen pro Tag

Die 2008 erfolgten Neueintragungen ins Handelsregister verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Bundesländer: Absolut gesehen haben die großen Flächenländer Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg die meisten Neugründungen zu verzeichnen. Mehr als jede zweite Handelsregisterneueintragung (51 Prozent) in Deutschland wird in einem dieser drei Bundesländer vorgenommen. Die wenigsten Neueintragungen von Unternehmen erfolgen in der Hansestadt Bremen (660) – hier kommt es im Schnitt zu lediglich zwei Neugründungen pro Tag – sowie im Saarland (800).

Brandenburg mit kräftigem Plus – zweistelliges Minus im hohen Norden

Anders als die absolute Zahl der neu eingetragenen Unternehmen vermittelt die Änderungsrate einen guten Einblick in die Dynamik des Gründungsgeschehens in

den einzelnen Bundesländern. So gab es 2008 den größten Zuwachs an neugegründeten Betrieben in Brandenburg (plus 7,7 Prozent). An der Havel wurden fast 2.400 Unternehmen in das Handelsregister eingetragen (2007: 2.220). Anscheinend profitiert die Region von der räumlichen Nähe zur Bundeshauptstadt. Thüringen (plus 1,2 Prozent) und Baden-Württemberg (plus 0,7 Prozent) verzeichnen immerhin ein Mini-Plus bei den Handelsregistereintragungen.

Eine Reihe von Bundesländern musste dagegen einen zweistelligen Rückgang der Handelsregisterneueintragungen hinnehmen. In Schleswig-Holstein beträgt das Minus 18,8 Prozent. Aber auch Hessen (minus 14,3 Prozent) und Niedersachsen (minus 14,1 Prozent) verzeichnen 2008 einen erheblichen Rückgang der Zahl der Neueintragungen. Als einziges ostdeutsches Bundesland verzeichnet Sachsen-Anhalt einen überdurchschnittlich hohen Rückgang der handelsregisterlich eingetragenen Unternehmen (minus 8,1 Prozent).

In der Summe der deutschen Bundesländer hat sich der Unternehmensbestand auch 2008 erhöht. Nachdem 93.350 Neueintragungen in das Handelsregister vorgenommen und nur 65.060 Unternehmen aus den Registern gelöscht wurden, lässt sich per Saldo ein Zuwachs von gut 28.000 Unternehmen konstatieren. Nur in drei Bundesländern – Bremen, Sachsen-Anhalt und Thüringen – gibt es eine leichte Abnahme des Unternehmensbestandes zu verzeichnen. Dieses Resultat könnte allerdings mit unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten und der Einbeziehung von bereits angekündigten, aber noch nicht vollzogenen Löschungen zusammenhängen und sollte deshalb nicht überbewertet werden.

2.4 Exkurs: Auslandsaktivitäten von Neugründungen

In den Zeiten von Globalisierung und länderübergreifenden Güter- und Finanzmarktverflechtungen werden auch die neugegründeten Unternehmen zunehmend internationaler. So weisen knapp 47 Prozent der in den Jahren 2007 und 2008 gegründeten Unternehmen

Meist unterdurchschnittlicher Rückgang im Osten

2008: Handelsregisterliste wird länger

Starke Auslandsaktivitäten bei Neugründungen

bereits Auslandsaktivitäten in Form von Export, Import oder Direktinvestitionen auf. Dieser Anteil liegt weit über dem Wert, den die mittelständische Wirtschaft als Ganzes erreicht (34,9 Prozent). Dieser Unterschied dürfte zum einen in der Branchenzusammensetzung begründet sein, zum anderen aber auch in den vermehrten Absatzchancen außerhalb des Heimatmarktes, die gerade neue Produkte, Verfahren und Dienstleistungen besitzen.

Tab. 32: Unternehmen mit Auslandsaktivitäten

■	Gründungen 2007/08	Gesamtwirt- schaft
Anteil in Prozent	46,7	34,9

Quelle: Creditreform Umfrage (Herbst 2008)

**Europäische Nachbarländer
sind wichtige Handelspartner**

Die bevorzugten Handelspartner für junge Unternehmen sind die europäischen Nachbarländer der alten EU-15 sowie die neuen Mitgliedsstaaten Osteuropas. Fast zwei Drittel (64 Prozent) der 2007 oder 2008 gegründeten Unternehmen exportieren Waren und Dienstleistungen nach Westeuropa. Vier von zehn Unternehmen liefern ihre Produkte nach Ost- bzw. Mitteleuropa. Wenngleich die Exportumsätze bei den jungen Unternehmen derzeit noch gering ausfallen – bei drei Viertel der Betriebe sind es weniger als zehn Prozent des Gesamtumsatzes –, für die Zukunft planen die Neulinge einen deutlichen Zuwachs ihrer Auslandsumsätze.

Tab. 33: Bevorzugte Handelspartner für den Export (Anteile in Prozent)

■	Gründungen 2007/08	Gesamtwirt- schaft
EU-15	64,0	73,5
neue Mitgliedsländer/Osteuropa	40,0	53,4
Asien/USA	12,0	51,9
Sonstige	14,0	14,6

Quelle: Creditreform Umfrage (Herbst 2008); Mehrfachnennungen zulässig

**Unterschiede zwischen
Gründungen und Etablierten**

Große Unterschiede zwischen Neugründungen und den übrigen mittelständischen Unternehmen gibt es hinsichtlich der Zielgebiete vor allem in Asien und Nordamerika. Während gut die Hälfte der exportorien-

tierten Mittelständler (51,9 Prozent) in beide großen Wirtschaftsräume liefert, sind die jungen Unternehmen noch nicht soweit. Ihr Engagement beschränkt sich derzeit zumeist auf das angrenzende Europa. Aber bereits die Länder vor der „Haustür“ bieten den jungen Unternehmen große Chancen für den Geschäftserfolg.

Die Gründe für ein (noch) nicht erfolgtes Auslandsengagement sind vielfältig. Als wichtigster Punkt nennen die neugegründeten Unternehmen die regionale Gebundenheit des Produktes (40,4 Prozent). Das betrifft vor allem Betriebe aus dem Bau- und Dienstleistungssektor, die auf den Binnenmarkt fokussiert sind. Ein weiteres großes Hemmnis für ein Engagement im Ausland ist in der Bürokratie sowie in der mangelnden Rechtssicherheit im Zielland zu sehen. Gut 21 Prozent der befragten Betriebe werden durch diese Faktoren auf ihrem Weg ins Ausland gebremst. Jeweils 14 Prozent der jungen Unternehmen nennen Kapazitäts- bzw. Finanzierungsschwierigkeiten sowie das Fehlen eines Kooperationspartners als Gründe für das Ausbleiben von Auslandsaktivitäten.

Regionale Gebundenheit und Bürokratie hemmen Auslandsaktivitäten

Tab. 34: Gründe für nicht erfolgte Auslandsaktivitäten (Anteile in Prozent)

■	Gründungen 2007/08	Gesamtwirtschaft
Produkt ist an Region gebunden	40,4	39,4
fehlende Kapazitäten/ Finanzierungsprobleme	14,0	17,2
keinen Kooperations- bzw. Vertriebspartner	14,0	7,3
mangelnde Rechtssicherheit im Zielland, Bürokratie	21,1	16,4
Sonstige	47,4	45,3

Quelle: Creditreform Umfrage (Herbst 2008); Mehrfachnennungen zulässig

Auffällig ist, dass junge Unternehmen den Mangel an Kooperationspartnern und fehlende Vertriebsmöglichkeiten weitaus häufiger als Hürde für ihr Auslandsgeschäft nennen als der übrige Mittelstand. So dürfte gerade in der Anfangszeit der Aufbau des Unternehmens viele Kapazitäten binden. Die mit dem Gang ins Ausland verbundenen engen Geschäftskontakte und

Neuen Unternehmen fehlen noch Vertriebswege und Kooperationspartner

Junge Unternehmen unter Wettbewerbsdruck

eine eigene Vertriebsstruktur folgen erst in einem zweiten Schritt.

Doch nicht nur die Handelsbeziehungen mit ausländischen Abnehmern und Lieferanten sind für den Erfolg eines neugegründeten Unternehmens von Bedeutung. Auch das Ausland als Konkurrent auf dem heimischen Markt erfordert von den jungen Unternehmen große Aufmerksamkeit. So haben derzeit lediglich 21,5 Prozent der Neugründungen gar keine auswärtigen Wettbewerber. Für drei von zehn Neulingen ist die Konkurrenz aus dem Ausland sogar sehr intensiv. Damit bietet die Internationalisierung der Wirtschaft den jungen Betrieben nicht nur weitreichende Chancen. Die verstärkte Wettbewerbsintensität erhöht gleichzeitig den Druck auf die Unternehmen.

Tab. 35: Ausmaß des Wettbewerbs mit ausländischen Konkurrenten auf dem Heimatmarkt (Anteile in Prozent)

■	Gründungen 2007/08	Gesamtwirtschaft
intensiv	29,9	17,6
gering	38,3	41,0
keine Konkurrenz	21,5	35,2

Quelle: Creditreform Umfrage (Herbst 2008); Rest ohne Angabe

■ 3 Zusammenfassung

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen steigt zum ersten Mal seit 2003 wieder an. Insgesamt belaufen sich die Unternehmensinsolvenzen für das Jahr 2008 auf 29.800 Fälle, was einem Plus von 2,2 Prozent (2007: 29.150 Fälle) im Jahresverlauf entspricht. Dagegen gehen zum ersten Mal seit Einführung der Insolvenzordnung die Verbraucherinsolvenzen zurück: Insgesamt 98.500 Personen beantragten bei Gericht die Restschuldbefreiung (Vorjahr: 105.300). Die Abnahme beruht allerdings nicht auf einer Verbesserung der Lage, sondern vielfach auf einer Einschränkung der Beratungsleistungen von Seiten der Gerichte.

Die „Sonstigen Insolvenzen“ – Nachlasskonkurse, ehemals selbstständig Tätige und persönlich haftende Gesellschafter – belaufen sich im Jahr 2008 auf

28.400 Fälle und verzeichnen damit einen leichten Rückgang von minus 6,3 Prozent.

Insgesamt beläuft sich die Zahl aller Insolvenzen für das Jahr 2008 auf 156.700 Fälle. Das sind 4,9 Prozent weniger als 2007.

Um 2,4 Prozent stiegen die Unternehmensinsolvenzen in den alten Bundesländern im Verlauf des Jahres auf 23.800 betroffene Betriebe (Vorjahr: 23.250). Die Privatinsolvenzen (also die Verbraucher- plus die sonstigen Insolvenzen) reduzierten sich im Laufe des Jahres um 4,0 Prozent auf 97.750 Fälle. In Ostdeutschland nehmen die Unternehmensinsolvenzen nur sehr leicht um 1,7 Prozent auf 6.000 betroffene Betriebe zu. Im Jahr 2007 waren noch 5.900 Insolvenzen gezählt worden, was einem deutlichen Rückgang um 17,5 Prozent entsprach. Die Privatpersoneninsolvenzen nahmen dagegen ungleich stärker ab als in den alten Bundesländern. Wurden im vergangenen Jahr noch 33.750 Fälle von Insolvenzen natürlicher Personen gezählt, so sind es aktuell nur noch 29.150.

Um deutliche 16,3 Prozent auf 2.520 betroffene Unternehmen ging die Zahl der Insolvenzen im Verarbeitenden Gewerbe zurück. Die Dienstleistungsbranche hingegen hat einen Anstieg der Insolvenzen um 5,3 Prozent zu verkräften. Auch die Handelsunternehmen weisen einen größeren Anstieg (um 4,1 Prozent) der Insolvenzen auf als der Durchschnitt aller Branchen (2,2 Prozent). Im Baugewerbe stieg die Zahl der Insolvenzen um 2,1 Prozent auf 5.440 Unternehmen an.

Im Durchschnitt aller Branchen gingen im Jahr 2008 96 von 10.000 Unternehmen in die Insolvenz. Im Bau waren es mit 163 deutlich mehr und im Verarbeitenden Gewerbe waren es deutlich weniger – nämlich 66. Den stärksten Anstieg verzeichnete die Branche „sonstiger Fahrzeugbau“, hier gingen die Insolvenzen um 75,3 Prozent nach oben. Dagegen verzeichnet die Branche „Herstellung von Möbeln“ den stärksten Rückgang: Um 40,5 Prozent nahmen hier die Insolvenzen ab.

Der Anteil an Mikrobetrieben am Insolvenzgeschehen steigt seit Jahren an. Mehr als jeder vierte Antrag (25,8 Prozent; Vorjahr: 25,5 Prozent) betrifft mittlerweile einen Betrieb, der weniger als 100.000 Euro im Jahr umgesetzt hat. Betriebe, die fünf Millionen Euro und mehr Umsatz pro Jahr erwirtschaften, machen demgegenüber nur einen sehr geringen Teil vom Insolvenzgeschehen aus. In diesem Jahr sind es 4,1 Prozent Anteil; im Jahr 2007 waren es 4,2 Prozent. Insolvenzgefährdet sind Betriebe insbesondere in den ersten vier Jahren ihres Bestehens. Dieser Anteil erhöhte sich im Jahresverlauf noch einmal leicht um 0,2 Prozentpunkte auf 33,1 Prozent. Leicht zugenommen hat aber auch der Anteil der insolventen „Traditionsunternehmen“, die bereits seit mehr als zehn Jahren am Markt sind, und zwar von 35,4 (2007) auf aktuell 35,5 Prozent.

Der Creditreform Bonitätsatlas stellt die Insolvenzgefährdung von Unternehmen auf Bundesländer- und Kreisebene dar. Die meisten insolvenzgefährdeten Unternehmen gibt es in Sachsen-Anhalt, die wenigsten in Bayern. Der Kreis mit dem niedrigsten Creditreform-Risiko-Indikator (CRI), der die Ausfallwahrscheinlichkeit misst, ist der Kreis München, gefolgt von Bayreuth und Rottal-Inn. Den höchsten Creditreform-Risiko-Indikator gibt es in Aschersleben-Staßfurt. Es folgen Osterode im Harz und Schönebeck.

Die Summe der Insolvenzschiäden beläuft sich für das Jahr 2008 auf 29,0 Milliarden Euro. Das sind 0,2 Milliarden Euro weniger als noch vor einem Jahr. Davon entfallen 21,0 Milliarden Euro (Vorjahr: 21,2 Milliarden Euro) auf die privaten Gläubiger; die öffentliche Hand trifft es – wie im Vorjahr – mit 8,0 Milliarden Euro. Die Zahl der insolvenzbedingt bedrohten Arbeitsplätze beläuft sich aktuell auf 447.000. Das sind 1,6 Prozent mehr als noch vor einem Jahr.

Im Frühjahr befragte Creditreform 4.000 Unternehmen, ob sie die Auswirkungen der Finanzkrise bereits spürten. Für die jetzige Analyse wurde die Umfrage wiederholt. 32,5 Prozent der im Frühjahr 2008 Befragten gaben an, dass für sie der Zugang zu Finanzmitteln

seit dem Herbst 2007 schwieriger oder deutlich schwieriger geworden sei. Aktuell sind es 33,1 Prozent, also nicht augenfällig mehr Unternehmer. Allerdings ist im Baugewerbe eine deutliche Verschärfung der betroffenen Unternehmen festzuhalten: So gaben im Frühjahr 38,3 Prozent der befragten Bauunternehmen an, dass sich der Zugang zu Finanzmitteln für sie verschlechtert habe, während es aktuell schon 55,6 Prozent sind. Nach der Art der Schwierigkeiten gefragt, ergeben sich zum Teil deutliche Verschlechterungen im Vergleich zum Frühjahr: So müssen aktuell 35,6 Prozent der Unternehmen höhere Sicherheiten beibringen, während es vor einem halben Jahr lediglich 16,3 Prozent waren. Auch bei der Frage nach dem „Ob“ bei der Bewilligung eines Kredites hat sich die Lage verschärft: 8,9 Prozent der Unternehmen, die einen Kreditwunsch haben, wurde dieser bis zum November 2008 verwehrt. Im März erfuhren lediglich 1,6 Prozent eine Ablehnung.

Die bislang größte Insolvenz des Jahres 2008 ist die der PIN Group. Ebenfalls Konkurs anmelden mussten die drei KarstadtQuelle (jetzt Arcandor) Töchter Wehmer, SinnLeffers und Hertie, außerdem der Wohnmobilhersteller KNAUS TABBERT, die Spedition Friedrich Schulze, das IT-Unternehmen Maxdata, der Automobilzulieferer Geiger technologies, die Spedition RiCÖ und die Astroh Küchen GmbH und Co. KG.

Das Gründungsgeschehen in Deutschland ist weiter abgeebbt. Nachdem im Vorjahr noch mehr als 855.000 Gewerbeanmeldungen registriert wurden, ist die Zahl der Unternehmens- und Existenzgründungen im Jahr 2008 auf 816.000 zurückgegangen. Dieser Wert markiert den niedrigsten Stand seit fünf Jahren. Während die Neueintragungen einen merklichen Rückgang verzeichneten, sind die Abmeldezahlen nahezu unverändert geblieben. So werden voraussichtlich 711.400 Betriebe und damit 1,1 Prozent weniger als im Vorjahr aus den Registern gelöscht.

Per Saldo weist die Gründungsbilanz in Deutschland einen Zuwachs in Höhe von 104.500 Existenzgründern

auf. 2008 sind aber weit weniger Betriebe hinzugekommen als im Vorjahr (136.000).

In Westdeutschland sank die Zahl der Neuanmeldungen um 4,8 Prozent und damit etwas stärker als im gesamtdeutschen Durchschnitt. Gut 665.000 Betriebe wurden neu ins Gewerbe- bzw. Handelsregister aufgenommen. Im Osten Deutschlands fiel der diesjährige Rückgang der Gründungszahlen weniger dramatisch aus als im Vorjahr. Mit 150.700 Betrieben wurden 4,1 Prozent weniger Neuanmeldungen als 2007 registriert.

Im Kredit- und Versicherungsgewerbe werden die Gründungsaktivitäten durch die Finanzmarkt- und Bankenkrise erheblich gebremst. Binnen eines Jahres ist die Zahl der Handelsregistereintragungen um 35 Prozent zurückgegangen. Der Groß- und Einzelhandel verzeichnet ein Minus von neun Prozent. Einen Rückgang in ähnlicher Größenordnung gibt es in der Baubranche (minus 9,4 Prozent) und im Verkehrs- und Logistiksektor (minus 11,9 Prozent). Einen Zuwachs der Gründungszahlen um 3,9 Prozent verzeichnet das Verarbeitende Gewerbe.

46,7 Prozent der in den Jahren 2007 und 2008 gegründeten Unternehmen betreiben Auslandsaktivitäten in Form von Export, Import oder Direktinvestitionen. Dieser Anteil liegt weit über dem Wert, den die mittelständische Wirtschaft als Ganzes erreicht (34,9 Prozent). Die bevorzugten Handelspartner für junge Unternehmen sind die europäischen Nachbarländer der alten EU-15 sowie die neuen Mitgliedsstaaten Osteuropas.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschafts- und Konjunkturforschung

Leitung: Michael Bretz, Telefon: (02131) 109-171

Redaktion: Annemarie Sahm, Telefon:(02131) 109-229

Dr. Hardy Gude, Telefon: (02131) 109-172

Hellersbergstr. 12, D - 41460 Neuss

Alle Rechte vorbehalten

© 2008, Verband der Vereine Creditreform e.V.,
Hellersbergstr. 12, 41460 Neuss

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.

Neuss, 03. Dezember 2008